

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 59, Urbanstr. 68 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeile 60 Pf., Sechsstellige 40 Pf., für Werbungsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 27.

Berlin, den 29. Juni 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Berichtskarten für das Kaiserl. Stat. Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gaue sowie an die Kassierer der Zahlstellen versandt worden. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 29. Juni in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 29. Juni erfolgen und sind dieselben dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 12. Juli bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

2. Wir erinnern daran, daß Bestellungen auf das Protokoll von der Kartonnager- und Gewerkschafterkonferenz bis zum 1. Juli in unseren Händen sein müssen, um die Auflage danach bemessen zu können. Das Protokoll wird unentgeltlich abgegeben.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden:

Nr. 23 685	ausgestellt für Oswald Friedel.
" 35 628	" " Heinrich Schreiber.
" 84 876	" " Joseph Neundörfer.
" 97 896	" " Wilhelmine Meute.
" 101 160	" " Hedwig Windisch.
" 101 207	" " Heinrich Schluster.
" 104 375	" " Elise Dittmann.
" 104 493	" " Fritz Sauter.
" 108 207	" " Matth. Kracochwill.
" 112 223	" " Alma Meyer.
" 113 024	" " Klara Lange.
" 118 255	" " Anna Richert.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b im Statut wurde in Berlin der Buchbinder Paul G. Loewe aus Cadlow, Buchnummer 102 256.

Der Verbandsvorstand.

Sommerurlaub.

II.

Um es vorweg zu sagen: Das Material, das uns zur Beurteilung des Standes der Ferienfrage in unserer Berufsgruppe zur Verfügung steht, ist recht dürftig. Es ist zusammengekommen anlässlich der beifälligen Umfrage unseres Verbandsvorstandes vom 21. Oktober v. J., als er an die Gesellschaft für soziale Reform Angaben über die Ausdehnung der Feriengewährung in unserem Berufe machen sollte. Da das verlangte Material zu einem bestimmten Zeitpunkt an die genannte Gesellschaft weiter gegeben sein mußte, so verblieb keine Zeit, um die säumigen Zahlstellen und Gaue durch Rückfragen an ihre Pflichten zu erinnern. So kommt es, daß nur

aus 47 Orten, in denen unserer Verband Zahlstellen hat, Angaben vorliegen, während sich 90 Zahlstellen nicht äußerten. Wenn man auch alle Ursache hat, anzunehmen, daß in den weitaus meisten dieser Orte von Feriengewährung keine Rede sein kann, so ist doch die Zahl der nicht berichtenden Orte eine derartig hohe, daß durch sie wahrscheinlich ein von dem jetzt vorliegenden Bild wesentlich abweichendes Resultat gegeben werden wird. So dürfte schon einzig und allein die nicht berichtende Zahlstelle Berlin mit ihrer großen Zahl der in Buchdruckbetrieben arbeitenden Kollegen und Kolleginnen das gegebene Bild ganz wesentlich umgestalten und die ermittelten Zahlen wohl verdoppeln. Daß von dieser in Berlin platzgegriffenen Feriengewährung in der vorliegenden Zusammenstellung nicht berichtet wird, liegt an der kurzen Zeit, die zur Beantwortung der oben bezeichneten Umfrage gelassen war. Insofern wird das Nichtberichten verständlich. Nicht zu entschuldigen aber ist, daß bei solchen zweifellos wichtigen Umfragen so viele Zahlstellen nicht berichteten, trotzdem ihnen das in der gestellten Frist möglich gewesen wäre. Um so mehr ist das zu bedauern, als ja das Streben nach tariflicher Regelung der Ferienfrage immer unerfeubarer wird. Und wenn nachgewiesen werden kann, daß bereits ein ganz ansehnlicher Teil der Berufsgenossen und -genossinnen in dem Genuß von Ferien stehen, dann wird sich auch die tarifliche Regelung in ungleich leichter Weise vollziehen lassen. Hoffen wir darum, daß durch diese Ausführungen auch noch die 90 nicht berichtenden Zahlstellen das für uns wertvolle Material herbeischaffen und, uns damit in die Lage setzen, einen genauesten Ueberblick über den Stand der Ferienfrage geben zu können.

Unter den 47 Orten, die eine Auskunft erstatteten, sind sieben, in denen keinerlei Ferien gegeben werden. In den 40 Orten, über die positive Angaben gemacht wurden, sind 266 Betriebe ermittelt, die ihrem Buchbinderepersonal oder einzelnen Personen desselben Ferien in irgendeiner Art geben. Darunter befinden sich je ein Betrieb in Aachen, Bremen, Chemnitz, Dortmund, Dresden und Kaufbeuren, die die Arbeiterinnen von der Ferienbegünstigung ausdrücklich ausgeschlossen haben. In Leipzig gibt es sechs Betriebe, in denen die Straffassengelder, also Eigentum der Arbeiter selbst, zu Ferienzwecken mit verwendet werden, und in einem Betriebe erhalten diejenigen, die auf Ferien verzichten, zu Weihnachten doppelten Wochenlohn. In 31 Orten mit 226 beteiligten Betrieben werden 2888 Personen beschäftigt, denen Ferien gewährt werden. Leider ist durch die mehrfache summarische Angabe eine Trennung nicht möglich, und die Frage, wie viele unserer Kolleginnen mit Ferien bedacht werden, muß unbeantwortet bleiben. 3 Zahlstellen, Dresden, Tilsit und Zwickau, berichten nur die Zahl der in den Ferien gewährenden Betrieben beschäftigten Arbeiter, nicht aber auch, wieviel davon auch wirklich in den Genuß eines Urlaubes kommen. Dadurch scheiden weitere 14 Betriebe mit 486 Beschäftigten aus der Zusammenstellung aus, von denen wahrscheinlich der größere Teil ebenfalls mit Ferien bedacht sein wird. 6 Orte, Annaberg, Halle, Geisbrunn, Kaiserlautern, Krefeld und Klauen, gaben nur die Zahl der Betriebe an, in denen Ferien gewährt werden, aber weder die Zahl der Beschäftigten, noch die der mit Ferien bedachten Personen.

Um in den Genuß der Ferien zu kommen, muß der Arbeiter oder die Arbeiterin in der Regel eine gewisse Zeit im Betriebe beschäftigt gewesen sein. Nach den uns gewordenen Mitteilungen erfolgte die erstmalige Feriengewährung in 8 Betrieben, die sich auf die Zahlstellen Warmen-Glücksfeld (2), Wicefeld, Dresden (2), Leipzig, Offenbach und Bremen verteilen, ohne daß die Arbeiter an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gebunden sind. In einem Betriebe, Chemnitz, genügt eine Beschäftigungsdauer von 3 Monaten, und in sechs Betrieben eine solche von 6 Monaten. In sämtlichen anderen Betrieben ist eine längere Karenzzeit erforderlich, die sich in 121 Betrieben auf 1 Jahr, in 20 Betrieben auf 2 Jahre, in 28 Betrieben auf 3 Jahre und in 30 Betrieben auf 5 Jahre erhöht. Bis hierher kann man bei einigem guten Willen noch von einer vernünftigen Karenz reden. Anders bei den folgenden, die die Feriengewährung gleichsam zur Farce werden lassen. In 4 Betrieben wird eine zehnjährige Karenzzeit, in zweien eine fünfzehnjährige, in zwei weiteren gar eine solche von — 25 Jahren verlangt. In zwei anderen Betrieben ist eine längere Beschäftigungsdauer vorgeschrieben, ohne das dabei gesagt ist, was darunter verstanden werden soll. Ein Betrieb fehlte die Beschäftigungsdauer für männliche Personen auf 1 Jahr, für weibliche aber auf 12 Jahre fest. 8 Betriebe haben über die Karenzzeit überhaupt keine näheren Bestimmungen getroffen, und von 23 wurden uns keine Angaben gemacht.

Eine bunte Musterkarte bietet naturgemäß die Dauer der Ferien, die sich zwischen zwei und zwölf Tagen bewegt. Es gewährten Ferien:

3 Betriebe je	2 Tage	3 Betriebe je	3-5 Tage
23	3	43	3-6
6	4	1	8-7
2	5	1	3-8
95	6	1	3-10
3	8	11	3-12
2	9	1	4-10
2	12	1	4-12
3	1-6	1	6-9
1	2-4	1	6-10
4	2-6	8	6-12
21	2-10	1	9-12

Ein weiterer Betrieb gewährt männlichen Personen nach 1 Jahr je 6 Tage, weiblichen nach 12 Jahren — 3 Tage; ein Betrieb alle 4 Jahre einmal 6 Tage; 9 Betriebe haben besondere Bestimmungen nicht getroffen, und aus 7 fehlen jedwede Angaben. Interessant wäre es, Beschäftigungsdauer und Feriendauer in Vergleich zu bringen. Die außerordentlich vielen Differenzierungen machen das jedoch unmöglich. Festgestellt aber kann werden, daß die langjährige Beschäftigungsdauer nicht auch lange Feriendauer nach sich zieht. Im Gegenteil! 30 Betriebe geben mit einjähriger Karenzzeit zwischen 6 und 12 Tage Ferien, während die Betriebe, die 12- bis 25jährige Beschäftigung als Vorbedingung zum Ferienantritt ansehen, in keinem Falle länger als 6 Tage geben.

Als Ferienzeit hat selbstverständlich nur die Zeit zu gelten, die dem Arbeiter oder der Arbeiterin unter Fortzahlung des üblichen Lohnes gegeben wird. Dies ergibt sich auch bei unserer Ferienstatistik als Regel. Einzelne Ausnahmen sind hierbei zu verzeichnen. So wird in einem Betriebe der Lohn für die Ferienzeit aus einer Jubiläumstiftung gezahlt, eine Sache, gegen die nichts einzuwenden ist. Anders bei denjenigen acht Betrieben, die die Lohnzahlung für die Ferienzeit ganz oder

Ort	An-Betrieb, werden Ferien gewährt	Personen bekommen Ferien			Beschäftigt sind in dem l. Spalte 2. gen. Betr. - Person.	Ferien werden gewährt		
		m.	w.	auf.		lt. Tarif	lt. Arb.-Ordnung	Freiwillig
Aachen	1	5	—	5	—	—	—	1
Annaberg	1	—	—	—	—	—	—	—
Barmen-Elberfeld	8	42	3	45	—	—	8	—
Bielefeld	2	13	4	17	—	—	—	—
Bremen	16	—	—	46	—	—	2	14
Bremerhaven	2	3	2	5	—	—	1	1
Breslau	8	18	14	32	—	—	—	8
Gemüritz	3	18	21	39	—	—	1	2
Dessau	1	4	—	4	—	—	—	1
Dortmund	3	26	22	48	—	—	3	—
Dresden	9	—	—	—	322	—	1	8
Eisenach	1	2	2	4	—	—	1	—
Erfurt	8	25	33	58	—	—	—	—
Erlangen	6	—	—	95	—	—	6	—
Frankfurt, Main	2	2	—	2	—	—	—	—
Hagen	8	4	—	4	—	—	—	—
Halle	5	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg-Altona	66	247	379	626	—	—	—	—
Hannover	5	—	—	75	—	—	2	3
Heilbronn	3	—	—	—	—	—	—	—
Kaufbeuren	1	13	—	13	—	—	1	—

Ort	An-Betrieb, werden Ferien gewährt	Personen bekommen Ferien			Beschäftigt sind in dem l. Spalte 2. gen. Betr. - Person.	Ferien werden gewährt		
		m.	w.	auf.		lt. Tarif	lt. Arb.-Ordnung	Freiwillig
Kaiserslautern	3	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	4	40	—	40	—	—	4	—
Köln	5	27	12	39	—	—	—	5
Krefeld	3	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	18	386	328	714	—	—	6	5
Lüneburg	1	2	—	2	—	—	—	—
Magdeburg	6	54	55	109	—	—	—	6
Mannheim	20	—	—	64	—	—	—	20
Melbort	1	1	—	1	—	—	—	—
München	15	122	183	255	—	—	6	9
Münster-Bielefeld	7	7	—	7	—	—	—	—
Offenbach	2	2	—	2	—	—	1	1
Plauen	1	—	—	—	—	—	—	—
Rotterdam	3	—	—	9	—	—	1	2
Rüdingen-Wilhelmsbad	6	—	—	8	—	—	4	1
Solingen	5	10	3	13	—	—	—	5
Tilfit	2	—	—	—	57	—	—	2
Winfen (Elz-Lothr.)	2	7	—	7	—	—	—	—
Zwickau	3	—	—	—	107	—	2	1
	256	—	—	2388	486	—	—	—

teilweise aus den im Laufe des Jahres vom Personal aufgebracht Strafgeldern bestreiten. Das ist eine Methode, die bei der Beurteilung des Wertes der Ferien mit beachtet werden muß. Mag sie auch zulässig sein, besser würden sich die Betriebe jedenfalls stellen, sie würden aus diesen Strafgeldern — wenn sonst eine andere noch bessere Verwendung nicht gegeben ist — einen Zuschuß während der Ferien den Arbeitern geben. Bei der Entnahme des Lohnes aus der Strafgelderkasse kann man von einer eigentlichen Lohnzahlung schlechterdings nicht mehr reden. Und das um so weniger, als sich die Zahl der Sommerurlauber in allen Fällen ganz nach der Fülle der Strafgelderkasse richtet. Sind die Arbeiter im Laufe des Jahres recht fleißig zu spät gekommen, dann ist einer größeren Personenzahl Gelegenheit geboten, in die Ferien zu gehen. So werden unter Umständen die Ferien zu einer Prämie für fleißiges Zutätigkeit gestempelt, aber ein an Ordnung und Pünktlichkeit gewöhntes Personal für diese löbliche Eigenschaft mit Ferientzug infolge Mangel an Strafgeldern zur Fortzahlung des Lohnes bestraft! Unsere Unternehmerwohlfahrt treibt doch teilweise absonderliche Blüten. Das Gegenstück hierzu, nämlich eine über den sonst üblichen Lohn hinausgehende Entschädigung kommt vereinzelte vor. In einem Betriebe wird bei 6 Tage Feriendauer ein Extrazuschuß von 5 M. gewährt, in einem anderen Betriebe ein solcher von 10 M. Ein weiterer Betrieb gibt bei 3 Tagen Ferien 10 M. und bei 6 Tagen 16 M. extra, und ein anderer Betrieb zahlt einen Extrazuschuß, der mit der Dauer der Feriendauer und der Beschäftigungsdauer in dem Betriebe steigt.

Wie ersichtlich, wird das Personal von unseren Unternehmern in der Ferienfrage durchaus nicht einheitlich behandelt. Auffallend ist die Zurücksetzung der Arbeiterinnen, die vielfach ausdrücklich ausgeschlossen sind, oder, wie in dem einen genannten Falle, eine 12-jährige Karenz durchmachen müssen, um dann doch nur 3 Tage Ferien zu bekommen, während männliche Mitarbeiter bereits nach einem Jahre 6 Tage erhalten. An dieser auffälligen Behandlung der Arbeiterinnen dürfte zum wesentlichsten Teil deren große Zahl in den Betrieben die Ursache sein. Das aber gerade sollte ihnen zeigen, daß sie eine Gruppe bilden, mit der der Unternehmer rechnen muß, und sie sollten diese ihre Macht auch in ihrem Interesse ausnützen. Eine gewisse Ausnahmestellung nimmt die Zahlstelle Wäucher ein, die in unserer Auffassung nicht mit enthalten ist. Dort war seither in einem Tarife eine Anzahl Tage bestimmt, die als kirchliche Feiertage galten, an denen ein halber Tag gearbeitet und der volle Tag bezahlt wurde. Nach Aufhebung dieser in die Woche fallenden Feiertage ist jetzt vereinbart, daß als Ersatz hierfür zwei freie Tage im Jahre gegeben werden, die zwischen Himmelfahrt oder Fronleichnam und dem folgenden Sonntag liegen sollen, so daß vier aufeinanderfolgende Tage frei sind. Verührt werden hiervon 60 Kollegen und 240 Kolleginnen.

Es ist eingangs schon gesagt worden, daß die in Vorliegendem gemachten Angaben vorwiegend aus den letzten Monaten des Vorjahres stammen.

Erklärlicherweise werden daher die Angaben aus einzelnen Orten schon überholt sein. So wird von Leipzig berichtet, daß der gegenwärtige Stand der Ferienfrage ein erheblich günstigerer ist als zur Zeit der Umfrage, die das im Vorstehenden bearbeitete Material herbeischaffte.

Hoffentlich werden die säumigen Zahlstellen, die uns keine Mitteilung über den Stand der Ferienfrage machten, durch diese Abhandlung veranlaßt, sich ebenfalls zu äußern, wenn wieder einmal die Verbandsleitung etwas von ihnen wissen will. Und die genaueste Beachtung gerade der hier behandelten Ferienfrage ist dringend notwendig, weil sie je länger je mehr zu einem Bestandteil unserer Tarife werden wird, der um so leichter sich in die Verträge einreihen läßt, je mehr bereits in der Praxis die Ferienfrage gefördert worden ist. Ueber die Notwendigkeit der Ferien, des geistigen und körperlichen Ausspannens auf einige Zeit für die, die sich das liebe lange Jahr hindurch in Fleiß und Schweiß der Arbeit hingeben, braucht nicht weiter geredet zu werden, obgleich es in unserer Gesellschaftsordnung Leute gibt, die Ferien für jedermann für höchst überflüssig, ja, für moralischschädigend halten, während sie selber das ganze Jahr in Ferien leben. Der schaffende Mensch braucht Erholung, soll er nicht frühzeitig abtumpfen. Wer am meisten arbeiten muß, wer das geringste Einkommen hat und dem es für sich und seinen Lieben deshalb an der genügenden Ernährung fehlt, mit einem Wort: wer am ehesten der Ferien bedarf, hat sie nicht. Nur in den allerersten Fällen kann der Arbeiter sich Ferien erlauben. Auf dem Gebiete des Arbeitsprozesses haben riesige Umwälzungen stattgefunden. Verbesserte Technik, Arbeitsteilung usw. stellen an die Leistung der Arbeiter ständig höhere Ansprüche. Diese sich steigende Intenstität muß ein Gegengewicht haben, soll nicht mit der Arbeitskraft Raubbau getrieben werden. Aus diesem Grunde muß neben dem Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit auch der Anspruch auf Ferien ein immer lebhafterer werden. Wir kennen ja den Krankenstand unter unseren Kollegen und Kolleginnen gut genug, um auch in Rücksicht auf diesen der Ferienfrage eine gründliche Erörterung zu wünschen. Man denke nur an die Veröffentlichungen über das Durchschnittsalter unserer Kollegenchaft, an die außerordentlich hohe Erkrankungs-ziffer, die die Atmungsorgane aufweisen, auch an die zahlreichen Unglücksfälle im Berufe, die oftmals ihren Ursprung in nervösen Ueberreizungen haben, die in vielen Fällen durch ein kurzes Ausspannen behoben werden könnten. Und wenn unsere Mitglieber treu zu ihrer Organisation halten, wenn sie das Heer der Indifferenten, das Heer derer, die mit ihren Handlungen immer anders wollen als die Organisierten, verkleinern, dann wird auch die Ferienfrage in unseren Tarifen usw. als so selbstverständlich gelten, als wie alle die anderen Punkte, die bei ihrem ersten Auftauchen ebenfalls schier unüberwindliche Hindernisse fanden, aber jetzt als notwendige Bestandteile angesehen werden. Ihr müßt nur wollen und — handeln!

Scharfmacher-Phantaien.

S. P. Nachdem festgestellt, daß auch die Majorität des jetzigen Reichstags es nicht wagt, besondere Ausnahmegeetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu machen, sind die professionellen Scharfmacher um so eifriger an der Arbeit, auf dem Boden des gemeinen Rechts den Aufstieg der Arbeiterklasse zu hemmen. Daß die in dieser Richtung tätigen Vertreter desselben Kapitals, dessen Erscheinungsformen hundert- und tausendfältig jedem Begriff von Moral und Recht ins Gesicht schlagen, sich dabei als die wahren Güter von Moral und Recht aufspielen, entbehrt nicht eines gewissen pikanten Reizes. Besonders ist es der jaarabische Scharfmacher Dr. Tille, der auf diesem Gebiete außerordentliches leistet. Mit einem großen Aufwand von Wortklauberei hat dieser Scharfmachergelehrte in diesen Büchern den Marxismus und den Katheder-Sozialismus radikal vernichtet, den „Paritäts-Moralismus“, den „Wirtschafts-Moralismus“ und den „Klassen-Moralismus“ unserer Zeit in ihren Wurzeln bloßgelegt und ihnen gegenüber eine allein folgenschwere Scharfmachertheorie aufgestellt.

Der Erfolg der Tilleschen Arbeit ist der, daß ein zwar mächtiges, aber keines Hülsen Scharfmacher in Tille den Propheten einer neuen Zeit sieht, die Proletarier ihn schäken als den Mann, der früh genug die geheimsten Wünsche der wütendsten Scharfmacher verrät, weite Kreise von Unternehmern aber den jaarabischen Propheten nur noch pathologisch nehmen.

Wo aber unser jaarabischer Scharfmacher-Doktor eine vernünftige Stimme aus Unternehmerkreisen entdeckt, schäumt er über von stücker Entzückung und schreibt ein Buch, eine Broschüre oder wenigstens einen Artikel in seiner „Südbwestdeutschen Wirtschaftszeitung“, um aufs neue die Verwurheit des Wirtschafts- oder Klassenmoralismus zu beweisen.

Für Tille sind die Organisationen der Arbeiter nichts anderes, als Erpresser- und Räuberbanden, die leider Gottes ihr schwachvolles Gewerbe in Deutschland ungestraft treiben dürfen, weil unsere verrückte Gesetzgebung keine Strafbestimmungen gegen solche Frevelthaten enthält. Gegen diese Tillesche Auslassung hatte kürzlich die „Sächsisch-Industrie-Korrespondenz“ geschrieben:

„Wenn die Organisationen der Arbeiter, sobald sie den Versuch machen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu erzielen, dadurch Erpressungen begehen, so sind auch die Arbeitgeber Erpresser, die sich organisieren, um den Arbeitern die Arbeit durch möglichst „niedrige Löhne“ abzupressen.“

Man sieht, wohin die Tillesche Logik führt: Erpresserbande gegen Erpresserbande! Das ist das Ergebnis jener maßlosen Scharfmacherei, die in dem Arbeiter lebiglich den Sklaven sieht, der seine Arbeitskraft zu jedem ihm diktierten niedrigen Preise willenlos abgeben muß! Die Arbeitgeber, für die Herr Tille mit seiner eigenartigen Moral in die Bresche tritt, sollten von diesem bedenklichen Verteiliger der unbefristeten Herrenrechte soweit wie möglich abrücken, denn mit seiner plumphen Offenherzigkeit schadet er den Arbeitgebern mehr, als es die extremste antikapitalistische Propaganda der extremsten Marxisten zu tun vermag.“

Diese Auslassung der jächsischen „Klassen-Ideologen“ waren für Dr. Tille Anlaß, aufs neue mit „der Fadel der Logik in das ganze Lügengewebe der isokratrischen, paritätsmoralistischen und unmoralischen Klassenkampftheorie zu leuchten“, welche das Blatt der jächsischen Industriellen mit dem „Berliner Tageblatt“ gemein habe.

Die „Sächsischen Industrie-Korrespondenz“ weiß sehr wohl, daß die Handhabung der Geschäfte der Unternehmer tausendmal eher die Tilleischen Kraftausdrücke von Erpresser- und Räuberbanden verdienen, wie die Organisationen der Arbeiter; deshalb die Ablehnung der Tilleischen Scharfmacheri. Was aber antwortet Tille dem Blatt? Er sagt: Natürlich wären auch die Unternehmer Erpresser, wenn sie gleiches täten wie die Arbeiter, aber das tun sie nicht, weil sie es nicht können. Es wäre, meint Dr. Tille, eine unbesorgene Beleidigung des deutschen Unternehmertums, zu behaupten, „daß dasselbe jemals, auch nur in kleinen Teilen, innerhalb der Kündigungsfrist die Bühne herabgesetzt und diejenigen Arbeiter, welche sich das nicht hätten gefallen lassen, ausgesperrt hätte. Wo sind diese Fälle?“

Der Scharfmacher-Doktor braucht nur mal in irgend einem Beruf in einer Gegend, in der die Arbeiterorganisationen noch nicht den wünschenswerten Einfluß haben, zu arbeiten, um diese Praxis aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er kann eine Arbeit annehmen, welche er will, um zu erfahren, daß Tag für Tag tausendfach diese Praxis geübt wird. Aber mit diesem Argument, mit dem Tille die Dresdener „Klassen-Ideologen“ glaubt abtun zu können, ist die Sache wirklich nicht erledigt. Tille sagt: Die Tätigkeit der Klassenkampforganisation der Arbeiter führt zu Erpressungen durch Wirtschaftstörungen (Streik), indem die Arbeiter eine Noilage für den Unternehmer schaffen und ihn dadurch zwingen, günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren, als er nach der allgemeinen Lage des Marktes notwendig hätte.

Wenn die betreffenden Arbeiter bei ihrem Vorgehen die Kündigungsfrist einhalten (was ja von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die Regel ist), so wäre dagegen selbst mit dem Tilleischen Argument nichts auszurichten. Wie stehts denn aber mit der „Erpressung durch Wirtschaftstörungen“ auf kapitalistischer Seite? Ist es keine Erpressung durch Wirtschaftstörung, wenn Kartonnagenfabrikanten ihre Kollegen durch die Materialperre zum Bankrott treiben, wenn die Syndikate die Außenleiter ruinieren, wenn das Syndikat der Kohlenkönige mit den ihm nur lehnweise zur Verfügung gestellten Erdschichten ungeheuerlicher Wucher treibt, wenn Händlervereinigungen lieber Schiffsladungen von

Seringen, Buder usw., ins Meer versenken, als die Waren Hungrigen zur Verfügung zu stellen? Wird nicht so millionenfach, um mit Tille zu reden, „eine Noilage der Konsumenten geschaffen und diese dadurch gezwungen, mehr zu zahlen, als nach der normalen Lage des Wirtschaftsmarktes notwendig wäre?“ Man sieht, die Tilleischen Scharfmacher-Argumente sind gar nicht ungeeignet zur Geißelung kapitalistischer Praktiken.

Ein großer Teil der „sittlichen Verirrungen und ihrer jentimentalen Verkleidungen, mit welchen heute Wirtschaftstörungen und Erpressungen von Lohnvertragsvorzügen in der öffentlichen Meinung umspinnen werden“, stammt nach Tille von dem verbißnenen deutschen Klassenmoralisten Professor Brentano, ist aber erst von einem Anhänger und Schüler desselben in die politische Welt getragen worden — dem Grafen von Pobjadowsky, „der seinen zum wirtschaftlichen Denken unfähigen Kopf während seiner Amtszeit damit antrengten mußte“, eine einläuchtende Begründung für das Suchtausegese zu finden. Tille kreidet dem Grafen mit dem Worte es an, daß er damals die Tätigkeit der Unternehmer-Syndikate, die Preise ihrer Waren durch Koalition zu erhöhen, in Vergleich stellte mit der Tätigkeit der Arbeiter, die auf ähnliche Weise durch Koalition den Wert ihrer Arbeitskraft zu steigern suchen. Ein solcher Vergleich ist nach Tille ganz unzulässig, denn „die Maßnahmen der Warensyndikate vollziehen sich eben durchaus auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens, ausschließlich mit strafrechtlich und sittlich erlaubten Mitteln.“ Was Pobjadowsky damals sagte, ist nach Tille der grausamste, konfuseste Gallimathias, der so ungefähr jemals öffentlich ausgesprochen worden ist, „das ist einfach klassenjentimentales Notwisch, das ist eine Verwechslung von Verbrechen mit ehelicher wirtschaftsfriedlicher Tätigkeit.“

Soll man über diese Ausfädelungen eines vom Scharfmacherbozilillus unheilbar verseuchten Gehirns nicht lachen?



Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen

:: :: weiter :: ::



machte sich vertraut mit den englischen, deutschen und französischen Philosophen, seinen Unterhalt durch Notenschreiben, als Hauslehrer, als Privatsekretär und in mancherlei anderer Tätigkeit erwerbend, bis er 1750 durch seine von der Akademie zu Dijon prämierte Preisarbeit „Diskurs über die Wissenschaften und Künste“ mit einem Schläge als scharfer Denker und glänzender Stilist zur Geltung kam und ein berühmter Mann wurde.

In dieser Abhandlung tritt er und verteidigt er die Anschauung, daß der Naturzustand, dessen Wiederherbeiführung natürlich ganz unmöglich ist, dem Kulturzustand vorzuziehen sei. Der Verfall des glücklichen Naturzustandes wird sodann in der hier Jahre später erschienenen Arbeit „Ueber den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen“ auf die Entstehung des Privateigentums zurückgeführt. Beide Werke sind schwere Anklagen gegen die bestehende privatkapitalistische Gesellschaftsordnung und gegen den auf ihr beruhenden Staat. Fühend auf seinen Anschauungen fordert Rousseau in seinem 1761 erschienenen pädagogischen Werke „Emile“ eine naturgemäße Erziehung des Kindes, dessen Recht er gegenüber der Unberührung der Erwachsenen verteidigt. Das Werk, von Goethe als das Naturebangelium der Erziehung bezeichnet, hat einen Pestalozzi dafür begeistert, seinen Ruhm in der praktischen Durchführung der Ideen Rousseaus zu suchen. Das utopistische Werk „Vom Gesellschaftsvertrag“, das 1762 erschien, entwickelte die Grundlagen, auf denen der vollkommene Staat beruhen müßte; es ist eine gewaltige Vertiefung der Rechte des Menschen gegen politische und wirtschaftliche Anrechtung und das Hofelied auf die Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

Aber der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Auch Rousseau wurde wegen seines machtvollen Wirkens aus der Heimat, aus Frankreich verbannt, und in seiner Vaterstadt Genf verbrannte

Gewerkschaftliche Interessenpolitik.

Zur Ergänzung des Artikels „Gewerkschaftliche Forderungen“ in der letzten Nummer bringen wir im Nachstehenden eine Zuschrift zum Abdruck, die genau die gleiche Tendenz verfolgt, wie die Ausführungen des Genossen Braun:

Die Entwicklung der Gewerbe zur heutigen Wirtschaftsform hat zu einer vollständigen Umformung der gewerkschaftlichen Kampfeskraft geführt. Die Kämpfe, die früher mit kleingewerblichen Betrieben geführt wurden, waren wegen der geringen Kosten in viel leichterem und einfacherem Maße zu führen als heute, und doch glauben noch eine große Anzahl organisierter Arbeiter mit der damals geübten Methode auskommen zu können und damit von Erfolg zu Erfolg zu fliegen.

Auf Erfolg konnte gerechnet werden, solange der Kleinmeister als solcher isoliert dastand. Seine Stundschafft, seine Existenz zwangen ihn, den Forderungen der Arbeiterkraft gerecht zu werden. Meist bestanden diese Forderungen nur in Wünschen allgemeiner Natur, die dem Unternehmer vorgetragen und mit seinen Arbeitern beraten wurden. Die geringste Bewilligung genigte gar oft, ein Einverständnis zwischen den beiden Parteien zu erzielen.

Mit der Konzentration des Kapitals ist naturgemäß auch die wirtschaftliche Macht der Unternehmungen gestiegen. Das Unternehmertum hat sich zusammengefunden, um den Kampf gegen die Arbeitermassen zu führen. Diesem begegnen zu können, erfordert die größte Hingabe, die größten Opfer, die strengste Disziplin der einzelnen Arbeiter zur Organisation. Der Organisation selbst fällt heute infolge der von dem Unternehmertum aufgenötigten Kämpfe ein viel höheres Verantwortlichkeitsgefühl zu als früher. Da diese mit viel größeren Massen geführt werden, die Kosten aber dementsprechend bedeutend höhere sind, so muß vor allen Dingen darauf Wert gelegt werden, daß der Erfolg von vornherein gesichert erscheint.

Nun ist es aber heute kaum noch möglich, Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen, ohne daß der Gegner in Angehörigkeit darüber bliebe. Die vorbereitenden Schritte, die statistischen Erhebungen über die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes verlangen oft monatelange Erörterungen. Das Unternehmertum bleibt natürlich während dieser Zeit nicht müßig. Es versucht mit allen Mitteln den Kampf der Arbeiter auszuheilen zu gestalten. Ein gegenseitiges Prüfen der Kräfte bildet die Einleitung zu dem darauffolgenden Drama, das in der Einreichung der Forderungen seinen Anfang findet.

Gar oft ist aber eine Einigung über die Art der Forderungen schwer zu erzielen. Die dahingehenden Wünsche sind oft zu hoch geschraubt, um den Erfolg zu sichern. Es gilt daher auch in dieser Beziehung, den nüchternen berechnenden Einwendungen Gehör zu schenken. So wünschenswert auch die Erfüllung mancher Vorschläge erscheinen mögen, so muß doch in

man seine Schriften. In dem Dorfe Motiers-Travers, wo er eine Zuflucht gefunden zu haben glaubte, stürmten fanatisierte Bauern sein Haus und jagten ihn aus ihrem Dorfe; ebenso wurde er von der Petersinsel im Bieler See, nach der er sich geflüchtet hatte, vertrieben. Er ging nach England, lehrte aber 1767 wieder nach Frankreich und 1770, nach der Aufhebung der Verbannung, nach Paris zurück, wo er seine „Befehntnisse“ schrieb, in denen er schonungslos offen sein Leben schilderte. Am 2. Juli 1778 starb dieser rastlose Bahnbrecher, der aus Christen Menschen machen wollte und der wie alle großen und weitaussehenden Geister ein durch staatliche und kirchliche Gewalten klein erhaltenes Geschlecht fand.

Aber die Geistesfaat, die er säte, ging bald nach seinem Tode glorreich auf in der großen französischen Revolution, die die Menschheit ein gewaltiges Stück vorwärts brachte und den Rousseauschen Ideen und Gedanken von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenantitz trägt, nachvoll Geltung verschaffte. Und darum sollte man diesem Vorbereiter der gewaltigen Umwälzung noch nach seinem Tode die Ehren, die man ihm zu Lebzeiten versagte. 1794, nach dem Siege der großen französischen Revolution, wurden seine Werke feierlich im Pantheon, dem Pariser Ehrentempel für berühmte, um die Menschheit verdiente Männer, beigefügt.

Der Raum unseres Gewerkschaftsblattes gestattet es nicht, auf das Wirken dieses großen Bahnbrechers für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen noch ausführlicher einzugehen. Wir verweisen aber unsere Leser auf die Werke Rousseaus, die zu billigem Preise in der Neclambibliothek erschienen sind. Möchte jeder Leser dieser Zeilen zu einem begeisterten Mitstreiter in dem Befreiungskampfe der Menschheit im Sinne des Wegbahners Rousseau werden.

Jean Jacques Rousseau.

Monument von unserer Zeiten Schande, Ein'ge Schmachtschrift beiner Mutterlande, Rousseaus Grab, gegräbet seit du nit! Fried' und Ruh' den Trümmern deines Lebens!

Fried' und Ruhe suchtest du vergebens, Fried' und Ruhe fanbt du hier!

Wann wird doch die alte Wunde narben? Einst war's finster, und die Weisen starben! Nun ist's lichter, und der Weise stirbt.

Solrates ging unter durch Soppisten, Rousseau leidet, Rousseau fällt durch Christen, Rousseau — der aus Christen Menschen wirbt.

Schiller.

Eines großen Mannes und vorausschauenden Geistes muß das Volk und seine Jugend in diesen Tagen gedenken: des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (sprich schang schau ruffo), dessen Geburtstag sich am 28. Juni zum 200. Male jährt. Er wurde durch seine gewaltige Geistesarbeit ein Wegbereiter für die menschenheitsbefreiende Kulturmission des erwachten Proletariats.

Jean Jacques Rousseau wurde am 28. Juni 1712 in Genf als Sohn eines Uhrmachers und einer Predigerstochter geboren. Seine Mutter starb bei seiner Geburt; sein Vater kümmernte sich fast gar nicht um die Erziehung des Sohnes. So wuchs er, sich selbst überlassen, heran, in unstillbarer Lesewut alle Bücher verschlingend, die ihm in die Hände kamen oder frei umherstreifend in der freien Natur, für deren Schönheit und Herrlichkeit sich frühzeitig in ihm ein tiefes Gefühl entwickelte. Als Sechzehnjähriger verließ er seine Vaterstadt, um in mannigfachen Verfahrtn in der Schweiz, Italien und Frankreich zu beobachten, zu lesen und zu lernen. Er

Erwägung gezogen werden, ob derartige Forderungen zurzeit durchführbar, erreichbar sind. Als Hauptmoment muß immer wieder die Dauer der Nachschaltung in Betracht gezogen werden. Nicht immer sind die Organisationen in der Lage, augenblicklich ihre Mittel reiflos einer Sache opfern zu können, besonders wenn im Hintergrunde noch Erscheinungen zutage treten, die ein energisches, machtvoll vorzugehen erheischen. Auch nicht die momentane Aussicht einer Erfolgsmöglichkeit darf den Ausschlag geben, sondern, und das sollte jeder zur Kampfbereitschaft erzogene organisatorisch gebildete Arbeiter beherzigen, daß diese Taktik eventuell später schwere Enttäuschungen im Gefolge haben kann, die die Bewertung des Erreichten sehr herabzusetzen vermögen.

Nun mag es gewiß so manchem schwer fallen, sich mit den beschlossenen Forderungen zufriedenzugeben. Doch darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß die Gewerkschaften ohnehin in Anbetracht der Tatsache, daß das Unternehmertum bei Eingehen von Verhandlungen einige Punkte zu streichen beliebt, stets einige kleine Mehrforderungen stellen, um wenigstens verschiedene Hauptpunkte durchzubrechen zu können. Es gehört darum tatsächlich zu den Seltenheiten, daß ein Kampf total unfruchtbar gewesen sei und daß wirklich nichts erreicht worden wäre. Würde aber allen Wünschen Rechnung getragen und die Forderungen auf ein Höchstmaß gesetzt werden, so würde die Dauer des Kampfes ausgedehnt, die Kampfesfreudigkeit abflauen und das Erreichbare in Frage gestellt. Die Erbitterung hierüber darf aber niemals in dem Maße zum Ausdruck gelangen, daß der gewerkschaftliche Organisations-einfluß darunter Schaden leidet, daß sich die Arbeiter bestimmter Betriebe von Mißmut derart hinweisen lassen und sich vielleicht für längere oder kürzere Zeit von der Organisationsarbeit fernhalten.

Für gewöhnlich eben auch wird die Macht des Unternehmertums durch die Arbeiterschaft unterschätzt. Mit übertriebener Begeisterung und einem nicht zu unterschätzenden Opfermut sucht die Arbeiterschaft ihrer Sache teilhaftig zu werden. Damit aber allein ist es nicht getan. Der Unternehmer prüft, ehe er sich in Differenzen einläßt, nicht nur seine eigenen Machtmittel, sondern nicht vor allen Dingen die seines Gegners mit den seinigen. Seine ruhige kaufmännische Berechnung stellt an sich einen Nachfaktor von großem Werte dar. Und es kann darum nur ein Gegengewicht geschaffen werden, wenn wir uns von denselben Gedanken leiten lassen, alle unsere Maßnahmen nach ebenso nüchternen Weise zu treffen. Da es aber den einzelnen nicht möglich ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend prüfen zu können, so muß es der Leitung einer jeden Organisation überlassen werden, den richtigen Zeitpunkt für den Kampf zu wählen. Ihr liegt die Verpflichtung ob, die Abschätzung der Konjunktur in der eigenen Industrie wie der der benachbarten Länder vorzunehmen. Ihr muß darum auch ein größeres Vertrauen in der Bewertung der Kampfmöglichkeiten und Forderungen entgegengebracht werden.

Vergeffen wir deshalb nicht, daß der Kampf gegen früher ein anderer geworden ist, vergeffen wir nicht, daß sich auch unsere Gegner den Zeitverhältnissen angepaßt haben. Auch die organisatorische Entwicklung des Unternehmertums zeigt eine Konzentration aller Kräfte bei völliger Aufgabe der eigenen Persönlichkeit im Interesse der Allgemeinheit. Wir aber dürfen in dieser Hinsicht ihnen nicht nachsehen, wollen wir des Erfolges gewiß sein. Alle unsere Unternehmungen müssen im rechten Verhältnis zu dem höheren Entwicklungsstadium des Unternehmertums stehen. Neuen Verhältnissen uns anpassen, werden wir auch wie seither Siege über den stärker gewordenen Gegner davontragen. Einem stärkeren Gegner aber müssen wir unsere ganze Einheit, unsere volle Disziplin entgegensetzen. Nicht allein die finanziellen Mittel, sondern auch die völlige Hingabe und die Mitarbeit des einzelnen zum Ausbau der Organisation gehören zur Mistkammer künftiger Kämpfe. Ausgerüstet damit, können wir mit größter Ruhe der Zukunft entgegensehen. C. Bd.

Aus unserem Beruf.

Buchbindermeister Paul Hoffmann, den 19. Juni,

der Chef der Firma Gebr. Hoffmann, Herr Paul Hoffmann, im Alter von 59 Jahren. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, dessen in gesunden Tagen entwickelter Taktakt es gelungen ist, im Verein mit seinem Vetter seinen Betrieb aus kleinen Anfängen heraus zu achtunggebietender Höhe zu entwickeln. Während der Zeit des Sozialistengesetzes fanden die Säupter der Leipziger Buchbinderbewegung, die meistens auch politisch als Sozialdemokraten sehr tätig und daher der Maßregelung besonders ausgesetzt waren, in Hoffmannschen Betriebe Unterschlupf. Die Herren Gebrüder Hoffmann nahmen keinen Anstoß

an der politischen Bestimmung oder der gewerkschaftlichen Tätigkeit ihrer Arbeiter, und sie standen sich nicht schlecht dabei, denn es waren nicht die schlechtesten Arbeitskräfte, die sie so erhielten. Herr Paul Hoffmann gehörte auch zu jenen Prinzipalen, die im Jahre 1897 gemeinsam mit den Helfensvertretern in rastloser, monatelanger Tätigkeit bemüht waren, den 1897er Tarif, die Grundlage unseres heutigen Tarifes, zu schaffen, wie er auch später von seinen Kollegen vielfach zu weiteren Tarifberatungen herangezogen wurde. Er galt als einer der besten Kenner des Tarifes. Und wenn es auch unter seiner Leitung, ob seines impulsiven Temperaments, nicht selten zu heftigeren Zusammenstößen mit ihm kam, so können wir es uns doch nicht verjagen, dem toten Kämpfen unsere Achtung zu bezeugen.

Dresdener Klagen!

Gute Arbeitsstellen sind diejenigen wohl in den seltensten Fällen, die in den auswärtigen Zeitungen mit den schmackhaftesten Verlockungen angepriesen werden. Außerordentliche Kollegen sind es aber auch nicht, die immer und immer wieder auf den Leim kriechen. Ein Hineinfall wäre ganz gut zu vermeiden, wenn man den von Zeit zu Zeit in unserem Verbandsorgan ergangenen Ermahnungen nachkäme.

In den allermeisten Fällen ist der Betrieb, der in fernen Orten Arbeiter sucht, ganz gut in der Lage, seinen Bedarf an Orte zu decken, allerdings müßte er dann auch einen den Branchen- und Ortsverhältnissen entsprechenden Lohn zahlen. Doch letzteres ist es ja gerade, was er gern vermeiden möchte. Die tüchtigsten vorhandenen Arbeitskräfte werden zurückgewiesen in der Hoffnung, daß von auswärts jemand auf den Leim geht und, wenn er auch eine tüchtige Arbeitskraft ist, aus Unkenntnis doch viel billiger arbeitet.

Diese Bauernjängerei allgerwöhnlichster Art würde bald ohne Erfolg bleiben, wenn die Kollegen-schaft aller Orte in geeigneter Weise fortlaufend Warnungen erteilen läßt. „An solche, die sich verändern möchten!“ Sieht z. B. ein männlicher oder weiblicher Kollege ein Stellenangebot von auswärts, so soll er nicht gleich darauf reagieren, sondern sein erster Weg muß zum Verbandsfunktionär führen; dieser wird aus dem Adressenverzeichnis feststellen können, was für ein Mindestlohn zu fordern ist, er wird weiter den Rat erteilen, zunächst ein Rückantwortschreiben an die Zustelle, in deren Bereich der Betrieb liegt, zu richten und sich nach den Verhältnissen in dem Betrieb zu erkundigen, mit einem Wort, zuerst festzustellen, ob der Betrieb „rein“ ist. So und nicht anders kann man sich vor Ungemach schützen.

Sind die Kollegen, welche schon wochen-, ja monatelang arbeitslos sind, weil sie nicht für jeden Hungerlohn anfangen, unfreundlich zu nennen, ist ihr Verhalten als unkollegial zu bezeichnen, wenn sie beim Anblick eines solchen Zugereisten, der in seiner Naivität fröhlich berichtet, daß er umschauen gegangen sei und auch gleich Arbeit gefunden habe, recht mürrisch dreinschauen, mit Vorwürfen kommen und diesem Leichsuf ein gehörigen Reinfall wünschen? Was nützt es denn, wenn die Kollegen-schaft am Ort versucht, anständige Entlohnung zu erzwingen und trotz Mittellosigkeit minderbezahlte Stellenlungen ausschlägt, wenn sie von Auswärtigen infolge Billigerangebot verdrängt werden und oftmals lächerlich geringe Ertragsmengen dadurch illusorisch gemacht werden? Ist es nicht schon schlimm genug, wenn die „Verbandschweuen“, die Antriebs-sicher, welche sich noch an Ort befinden, um Arbeit winkeln gehn? Oder daß das Unternehmertum mit Vorliebe Auszüge hält und möglichst Jüngere (lies willigere und billigere) einstellt? Wenn in Zukunft in dieser Angelegenheit nicht mehr Aufklärung vorherrscht, kommen wir niemals zu erfolgreichen Lohnbewegungen oder wir kommen, wenn solche wirklich unter Anstrengung erzielt werden, bei drei Schritten vorwärts gleich wieder zwei zurück.

Jeder größere Ort wird wohl derartige Betriebe aufweisen können, die von „Anfässigen“ nichts wissen wollen und deshalb ihre Leimrute in einer Annoncen-plantage auslegen; es muß doch ein gutes Geschäft sein, denn anderenfalls würde man sich die Ausgaben ersparen.

In Dresden ist die Firma Rudolph Wartz, Geschäftsbüchereifabrik, schon berühmt geworden durch ihre vielen Arbeitsgesuche in aller Herren Länder, hauptsächlich in Oesterreich, auch im „Leoschen“. Trotz der vielfachen Warnungen hat die Firma mit ihrem Lokruf „Ortsüblicher Lohn“ jahraus, jahrein Erfolg. Daß so viele Annoncen der Firma erscheinen müssen, ist jedenfalls nicht der beste Beweis von dauernden Stellenungen. Und tatsächlich werden in den meisten Fällen die unvorsichtig sich anbietenden Buchbinder an Ort und Stelle bald erwidert, von der Ungültigkeit des in bestimmter Absicht so betitelten „Ortsüblichen Lohnes“, der häufig nicht mehr

wie 19 und 20 Mk. beträgt, überzeugt, und sie schütteln nach vergeblichem Bemühen, den Magen an die Wand zu hängen, den Stoop unferer schmerzlicher Meidung von den Pantoffeln. Die „Ausbildung“ von Lehrlingen steht in genannter Firma auch in vollster Blüte. Auf zirka 20 Gehilfen kommen 9 Lehrlinge, von denen in Fachkreisen behauptet wird, daß wohl wenige ein Buch selbständig binden lernen und daß sie in der Hauptsache als Arbeitsburden benutzt werden. Für diese ist es nach Beendigung der Lehrzeit natürlich überaus schwer, in halbwegs gute Stellen einzurücken, und so werden sie durch die kapitalistische Rücksichtslosigkeit ohne eigenes Verschulden zu Lohnbrüdern im Gewerbe.

An dieser Stelle soll auch der am Ort rühmlichst bekannten und fast nur mit Arbeitsburden arbeitenden Kartonnagenfabrik von Friß Genke gedacht werden. Hier scheint das Kaufrecht noch im Flor zu stehen; Herr Friß Genke scheut jungen Leuten gegenüber vor Drohungen — und wenn es mit einem Stück Eisen geschieht — nicht zurück. Diesem Herrn scheint die Ausarbeitung von früher, die darin bestand, den „Deeg zu Dreierbrodeln“ zu kneten, zu fehlen. Jüngst kam da wieder ein mit Gentlemantie ausgestatteter „Wiener“, präs seine Arbeitskraft an und verzichtete mit höflich abwehrender Bewegung auf bestimmten Lohn. „Schauens, was eahna moane Leistungen wert soan und doarnach tennens soahl’n!“ In dieser Weise glaubt der Kollege, ein groß und kräftig aussehender Mann von zirka 24 Jahren, am schnellsten zu einer dauernden Zuschneiderstellung zu gelangen. Er wird, trotzdem eine Anzahl eingerichteter Leute arbeitslos am Ort vorhanden sind, eingestellt. Am Tagtag aber ardet die Höflichkeit in Verblüffung und Wut aus, der Kollege führt mit seinem Lohngettel aus das Verbandsbureau, und obwohl er verstandnisinnigem Lächeln bei den Anwesenden begegnet, macht er den Vorstoß, daß man doch so was nicht „dulden“ dürfe! (Nämlich, daß einem solchen „geschickten und arbeit-samen Menschen wie ihm“, sage und schreibe 20 Pf. Stundenlohn berechnet wurden — — —)

Das sind nur zwei Proben, wir können noch mit mehr aufwarten. Jedenfalls zeugen sie davon, daß diejenigen, welche, ohne sich nach den Verbandsanordnungen zu richten, auf eigene Faust weiterkommen wollen, sich und uns schwer schädigen. Die letzte Schilderung beleuchtet aber auch wieder Kraft das alte Sprichwort:

„Begehrenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr!“ led.

Statistisches aus Solingen.

Eine interessante Statistik der angeschlossenen Berufe veröffentlicht der Jahresbericht der Ortskrankenkasse Solingen für 1911. Die graphischen Berufe sind in diesem Bericht geteilt, und zwar in Papier-, Papierwaren-, Kartonnagen- und Lederbearbeitungsfabriken, sowie in Buchbindereien, Buch- und Steindruckereien, lithographische Anstalten. Nach dem Geschäftsbericht gibt es in Solingen von den ersten Berufen 33 Betriebe mit 300 männlichen und 303 weiblichen Arbeitern gegen 36 Betriebe mit 343 männlichen und 367 weiblichen Arbeitern im Jahre 1910. Wenn im Jahre 1910 107 Personen mehr beschäftigt wurden, so lag das an der damaligen guten Geschäftskonjunktur. Wie wir uns noch erinnern, war 1910 in Eisenberg die große Lohnbewegung; 21 Wochen standen unsere Kollegen dort im Streik; die Eisenberger Stuisfabrikanten verloren die größten Aufträge, welche fast alle den Solinger Stuisfabriken zugute kamen. Nach dem Streik suchten die Eisenberger Fabrikanten die Aufträge wieder zurückzuerobern, was ihnen zum Teil durch Herabdrücken der Preise gelungen ist. Dadurch ist es aber erklärlich, daß 1910 107 Personen mehr beschäftigt wurden als wie 1911. In Buchbindereien, Buch- und Steindruckereien gab es 1911 36 Betriebe mit 304 männlichen und 283 weiblichen Personen gegen 283 männliche und 240 weibliche Personen im Jahre 1910, also 109 Personen mehr wie im Vorjahr.

Was nun die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen betrifft, so zeigt sich, daß speziell die weiblichen Arbeiter sehr schlecht entlohnt werden, während die männlichen Arbeiter dank ihrer Organisation bessere Bezahlung erhalten. In der Papier- und Kartonnagenindustrie werden von 303 beschäftigten weiblichen Personen 253 mit 1 Mk. bis 2 Mk. täglich entlohnt, während der keine Neft über 2 Mk. verdienen. Von den 300 männlichen Beschäftigten verdienen 227 4 Mk. und mehr täglich, während 73 Personen mit unter 4 Mk. bis zu 1 Mk. pro Tag sich begnügen müssen. Nicht viel besser sind die Lohnverhältnisse für die weiblichen Personen in den Buchbindereien, Buch- und Steindruckereien. Dort werden von 283 weiblichen Beschäftigten 247 Personen mit 1 Mk. bis 2 Mk. täglich entlohnt, während das männliche Personal sich auch hier im Verhältnis besser steht. Von 304 beschäftigten männlichen Per-

sonen hatten 197 einen Tagelohn von 4 Mk. und mehr, 107 verdienten weniger als wie 4 Mk. bis zu 1 Mk. herab. Die letzteren wird man wohl unter den jugendlichen und Hilfsarbeitern zu suchen haben. Auffallend ist es nicht, daß die Arbeiterinnen sehr schlecht entlohnt werden. Dies hat seine Ursache darin, daß die Arbeiterinnen hier sehr schwer für die Organisation zu gewinnen sind. Wenn auch der Buchbinderverband die Löhne für Arbeiterinnen im Tarif festgelegt hat, so sind die Arbeiterinnen selber schuld, wenn ihre Entlohnung nicht höher ist. Kurz vor einer Lohnbewegung finden sie erst den Weg zur Organisation, um sofort nach der Bewegung dem Verband wieder den Rücken zu kehren. Das muß in Zukunft anders werden. Die Organisationen müssen in Friedenszeiten ihr Hauptaugenmerk auf die Arbeiterinnen halten und diese über den Wert der Organisation aufklären, damit die Arbeiterin mit dem Arbeiter Schulter an Schulter für ihre Gleichberechtigung kämpft.

Daß bei den geringen Löhnen die meisten Krankheiten vorkommen, ist leicht erklärlich; so waren im Jahre 1911 in der Papier- und Kartonagenbranche 137 männliche und 195 weibliche Personen, das sind 55,06 Proz., erkrankt. Vorrang haben die Gesundheitsverhältnisse in den Buchbindereien, Buch- und Stein-druckereien, wo im Berichtsjahr 78 männliche und 57 weibliche Personen erkrankt sind, also nur 23 Proz. Den größten Prozentsatz stellen die Hals- und Lungenerkrankungen, sowie Magen-, Darm- und Hautkrankheiten. Die weiblichen Personen haben viel unter Gleichsicht zu leiden, während an Influenza allein 34 männliche und 43 weibliche Personen erkrankten. — Die Sterbefälle sind in den Buchbindereien, Buch- und Stein-druckereien höher als wie in der Papier- und Kartonagenindustrie. Von den letzteren verstarben im Berichtsjahr 2 Personen, von den ersteren 7. Dagegen waren die Betriebsunfälle in der Papier- und Kartonagenindustrie bedeutend häufiger als wie in Buchbindereien, Buch- und Stein-druckereien; von den letzteren Berufsunfälle wurde der Berufsgenossenschaft ein Unfall gemeldet, während von den ersteren 11 gemeldet wurden. An dieser hohen Unfallziffer ist vor allem die Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte an Maschinen, ferner das Antreibesystem und vor allen Dingen die ungenügenden sanitären und Schutzeinrichtungen in kleineren Betrieben schuld.

Diese Statistik zeigt deutlich, wo in unserem Berufe die Besserung notwendig ist. Wenn man berücksichtigt, daß dieser Bericht nur Solinger Betriebe umfaßt, während die Städte Wald und Ohligas eigene Ortskrankenkassen haben, über die wir kein Material besitzen, dann liegt für die Organisation noch ein gewaltiges Feld zum Bearbeiten bereit. Während die Buchdrucker sowie Stein-drucker sehr gut organisiert sind, können wir das von den anderen Verbänden nicht sagen. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen sind organisationsfähig und wenn hier die in Frage kommenden Verbände eine systematische Hausagitation betreiben würden und die Eltern — die in den meisten Fällen selbst organisiert sind — über die Zustände im graphischen Beruf aufklären, so wäre noch manches Mitglied für die Organisation zu gewinnen.

Auch für unsere Organisation ist hier noch sehr viel Arbeit zu verrichten. Beherzigen und vollführen wir, was Kollege Groenhoff in seinem Artikel in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ schreibt, dann wird auch der Gau X dazu beitragen, daß die 35 000 Mitglieder recht bald erreicht sind.

Solingen.

A. Bruns.

Bewahret die Jugend vor gefährlichen Maschinen.

Bei der Firma Sauer in Danzig geriet am 19. Juni die 19jährige Arbeiterin Philipp mit der linken Hand in eine Maschine, wobei ihr zwei Finger abgequetscht wurden.

Im Zeitalter der Maschinen, der modernen Technik, sollte die als Lebensfrist gestellte Wohnung überflüssig sein. Da die Maschine Arbeitskräfte erspart, könnte die Arbeitszeit verkürzt und der Jugend die Jugend gelassen werden. Aber nein; es geht ja nicht, wir leben ja in einem kapitalistischen Staate. Und Kapital und Kultur sind zwei Dinge, die sich zusammen nicht vertragen. Männer, auch solche, die Familie zu ernähren haben, werden arbeitslos. Billige Jugendliche und Frauen werden an den Maschinen beschäftigt. Ist das durchaus notwendig? Nur das elende Geld, nur der Profit veranlaßt den Unternehmer, recht billige Arbeitskräfte an den Maschinen arbeiten zu lassen. Es ist ja sehr leichte Arbeit, so wird mancher sagen, das Mädchen hat ja nur Wappe unter die Stanze zu schieben, das andere besorgt die Maschine. Kleinigkeit! Ja, wenn die Unternehmer auch nur eine Woche lang diese

„leichte“ Arbeit bei langer Arbeitszeit und largem Lohn verrichten wollten, sie würden bald gewahrt werden, wie schwer solche leichte Arbeit werden kann. Auch würde es wohl oft passieren, daß ein Bogen schiefliegt. Der Bogen fliegt dann in die Gede: Was der Herr tut usw. Macht aber ein Mädchen Makulatur, dann wird gewettert, mit Lohnabzug und Entlassung gedroht. Daher kommt es auch, daß trotz der erkannten Gefährlichkeit der Maschine manchmal noch mit der Hand nachgeholfen wird, um ja nicht einen Bogen zu verpfuschen. Die Folge ist dann meistens so wie oben angegeben: Auf dem Schlachtfelde der Arbeit ist ein Krüppel mehr.

Es mangelt oft an Selbstachtung, das Selbstbewußtsein fehlt. Aber auch hier, wie in vielem anderen, hilft die Organisation, der Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Buchbinder-Verband. Dem einzelnen gibt es ein sicheres Gefühl, mit den Arbeiterbrüder durch den Verband verbunden zu sein. Dann erst, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Zusammenschluß die Achtung der Unternehmer erzwingen haben, wird das Verhältnis sich bessern. Die Angst der einzelnen wird verschwinden und sorgfältigeres Arbeiten — anstatt des Hastens — Platz greifen. Das Resultat wäre wiederum ein Nachlassen solcher Unfälle.

Denkt man an das vergossene Blut der vielen Verletzten, an den Schmerz der Verunglückten, an die Tränen der Familien, deren Ernährer bei der Arbeit die Gesundheit lassen mußten, so muß es doch seelisch so stark einwirken, daß man gern dazu beiträgt, Unfälle zu verhüten. Die Unternehmer können die Möglichkeit der Gefahr herabmindern, indem sie an den gefährlichen Maschinen nur Arbeiter bei ausreichender Bezahlung und nicht zu langer Arbeitszeit beschäftigen, das unnötige Hasten lassen und in dem Arbeiter den gleichberechtigten Faktor sehen, der durch seine Berufsorganisation die Arbeitszeit usw. tariflich regelt und festlegt. Diesen Forderungen können sich vernünftige Unternehmer nicht ablehnend verhalten.

An den Arbeitern und Arbeiterinnen liegt es, diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, indem sie sich organisieren im Deutschen Buchbinder-Verband.

Danzig.

Druno Schmidt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

— Die Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuille hat als einen ihrer wichtigsten Beschlüsse eine Beitragserhöhung um 5 Pfennig zu verzeichnen, so daß der Beitrag nunmehr für männliche Mitglieder auf 55 Pf., für weibliche auf 30 Pf. pro Woche festgesetzt ist. Dem mehrfach gestellten Verlangen auf Einführung von Staffelleistungen kam die Generalversammlung nicht nach, doch wurde ein Antrag angenommen, den Vorstand zu beauftragen, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage auf Erhebung von Staffelleistungen zu unterbreiten. Seit Beginn des Jahres 1909 vermehrte sich die Mitgliederzahl um 3613 auf 13 819, und das Gesamtvermögen des Verbandes stieg auf 480 591 Mk. Trotzdem wurde in der Diskussion über die Beitragserhöhung davor gewarnt, sich nicht durch das Bestehen des gut ausgebauten Tarifverhältnisses in allzu große Sicherheit wiegen zu lassen, denn die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete hätten gezeigt, daß der Verband durch Ausdehnungen in anderen Industrien stark in Mitleidenschaft gezogen, ja sogar in die Offensive gedrängt werden könne. Durch die Annahme der erwähnten Beitragserhöhung bekundete die Generalversammlung, daß es ihr Wille sei, den Verband gegen alle Eventualitäten sicher zu stellen, sie sprach in ihrem Beschluß zur Beitragserhöhung aus, daß dieselbe ausschließlich zur Stärkung des Kampffonds bestimmt und darum restlos an die Hauptkasse abgeführt werden soll. Bezüglich der Tarifpolitik wurde beschlossen, daß örtliche Tarifverträge nur gekündigt werden können, wenn sich zwei Drittel der in geschlossener Versammlung Anwesenden für die Kündigung erklären. Bei allen Lohnbewegungen sei auf Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, doch dürfe in keinem Falle die Erlangung des freien Sonabendnachmittags auf Kosten einer Verlängerung der Arbeitszeit erfolgen. Da in den Gefängnissen Sattler- und Portefeuillewaren im größeren Umfange hergestellt werden und durch die dadurch geförderte Schmuckkonkurrenz ein Druck auf die Arbeitslöhne ausgeübt wird, nahm die Generalversammlung eine Resolution an, die verbündeten Regierungen als auch die gesetzgebenden Körperschaften zu bitten, die Gefängnisarbeit einzuschränken. Zur Mitwirkung in dieser Angelegenheit sollen die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage und in den Landtagen, die Generalkommission der Gewerkschaften, die Gewerkschaftskartelle sowie die Unternehmerorganisation heran-

gezogen und ferner durch den Verbandsvorstand Material über die Gefängnisarbeit gesammelt werden. Mit der Leitung des Verbandes wurden die bisherigen Personen beauftragt. Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt. Die Beschlüsse des Verbandstages treten am 1. Oktober 1912 in Kraft.

Korrespondenzen.

Gesperert sind:

Oesterreich:

Böla (Firma Fischer).

Ungarn:

Fiume (die Firmen Kirckhoffer, Werk und Bratovich).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Biehlé).

Plauen. Da der vor zwei Jahren unter erschwerenden Umständen zur Einführung gebrachte Tarif am 31. Mai 1912 abgelassen war, so wurde am 17. Juni eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich mit dem neu ausgearbeiteten Tarif befaßte und erörterte, wann dieser an unsere Prinzipale eingereicht werden soll. Referent hierzu war Kollege Pfüke-Chemnitz. Derselbe erläuterte den von der Kommission vorgelegten Tarif in allen seinen Teilen. Selbst wenn er ohne Abstriche durch die Unternehmer voll anerkannt wird, so ist er doch in Anbetracht der Leuerung noch viel zu niedrig. Die Schuld hieran haben einzig und allein die Kollegen Plauens selbst, da dieselben leider, wie noch in vielen Orten Deutschlands, so spät den Nutzen des Verbandes erkannten. Nachdem Pfüke sich seiner Aufgabe in einem einstündigen Referat entledigt hatte, wurde der neue Tarif, wie ihn die Kommission ausfertigte, von der Versammlung einstimmig genehmigt. Die Konjunktur ist eine gute, und so konnte dem Antrag aus der Mitte der Versammlung stattgegeben werden, den Tarif sobald wie möglich an die hiesigen Prinzipale abzusenden. Die Diskussion war recht lebhaft und alle Redner sprachen sich im ganzen für den Tarif aus. Nach einem entsprechenden Appell an die Kollegen Plauens wurde die vom guten Geiste befehlte und sehr zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Die Kollegen der Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche hielten am 19. Juni eine gut besuchte Versammlung ab, um über die Frage zu beraten, wie der fortgeschrittene Witzachtung der tariflichen Bestimmungen zu begegnen sei. Kollege Würzberger als Referent betonte, daß ja Streitigkeiten über die Auslegung eines Tarifvertrages, namentlich in der ersten Zeit nach einem Vertragsabschluss, nicht zu vermeiden seien und daß man davon auch nicht viel Aufhebens mache, sondern sie einfach den Tarifinstanzen zur Entscheidung überweise. Aber hier handele es sich nicht um solche Meinungsverschiedenheiten, sondern die Meinungen und das Verhalten der Fabrikanten ließen vielmehr Zweifel darüber aufkommen, ob es der Unternehmerorganisation überhaupt ernst sei, den Tarifvertrag, der am 1. Juli vorigen Jahres abgeschlossen wurde, gewissenhaft durchzuführen. — Zunächst handelt es sich um die Bezahlung der Zeit, die an den Vorabenden der in die Woche fallenden Feiertage kürzer als sonst gearbeitet wird. Daß diese Zeit zu bezahlen ist, war bei der Eile, mit der der Tarifvertrag seinerzeit durchberaten wurde, nicht so klar ausgebrocht worden, wie es notwendig gewesen wäre. Aber es ist dann durch einen Schiedspruch des Einigungsamtes, also der höchsten Instanz, festgelegt worden, daß die ausfallenden Arbeitsstunden zu bezahlen sind. Gätten die Fabrikanten sich dem gefügt, so wäre die Sache damit erledigt gewesen. Aber nur ein Teil von ihnen tat das; einige Fabrikanten, und sogar solche, die bei der Aufstellung und dem Abschluß des Tarifvertrages mitgewirkt haben, weigern sich immer noch, die Zeit zu bezahlen. Solchem Verhalten gegenüber bleibe vorläufig nichts anderes übrig, als durch Klagen beim Gewerbegericht den zu wenig erhaltenen Lohn einzufordern. Es sollten darum alle Kollegen und Kolleginnen, die hier in Betracht kommen, der Organisationsleitung Vollmacht zur Einreichung der Klage erteilen. Ferner handelte es sich um die Frage, wieweit der Passus des Tarifvertrages Geltung haben soll, der von der Ausfertigung der Heimarbeit handelt. Diese Frage hat schon monatelang das Schiedsgericht und auch das Einigungsamt beschäftigt. Die Arbeiter waren in diesem Punkt den Wünschen der Fabrikanten entgegengekommen. Aber dann kamen die Fabrikanten mit dem weitergehenden Verlangen, einen erheblichen Teil der Mappen unter den grauen Tarif des Sattlerverbandes zu bringen, der bedeutend niedrigere Lohnsätze vorsieht als der unsrige. (Die Ver-

zeichnung „grau“ und „rot“ rührt von der Umschlagfarbe der Tarife her.) Nach langem Hin und Her und nachdem die Schlichtungskommission einen Spruch gefällt, dieser aber vom Einigungsamt wieder aufgehoben war, wurde auf Veranlassung der Fabrikanten selbst die Angelegenheit den Parteien überwiefen und es kam endlich am 22. Mai zu einer friedlichen Vereinbarung zwischen den Vertretern beider Parteien, die einstimmig anerkannt und unterschrieben wurde und folgendes festlegte:

Alle Mappen fallen unter den roten (besseren) Tarif. Alle weichen Ledermappen, die keine feste Pappdeckelung haben, ob aufgezogen oder nicht, sind für die Heimarbeit freigegeben.

Nun geschah aber das Wertwunder, daß dieser einstimmig von den Fabrikantenvertretern mitgefaßte Beschluß von der Mitgliederversammlung der Fabrikanten abgelehnt wurde und das, wie sie mitteilten, einstimmig. Die Fabrikantenversammlung hatte gleichzeitig beschlossen, die Arbeiter zu neuen Verhandlungen einzuladen, die auf Grundlage eines von einer Fabrikantenkommission am 1. Dezember gefaßten Beschlusses geführt werden sollten, welcher besagt, daß eine Trennung der Mappen nach dem roten und dem grauen Tarif stattfinden soll. Die Branchenleitung hat jedoch den Vorschlag so folgen abermalig gänzlich unverbindlichen Verhandlungen abgelehnt und darauf beharrt, daß alle Mappen unter den roten Tarif fallen. Durch einen Spruch des Einigungsamtes werde sich die Sache nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht, auch nicht mehr erledigen lassen, und wenn die Fabrikanten nicht in aller nächster Zeit einlenken, werde man, wo es nötig sei, zur Arbeitsniederlegung greifen. Auf jeden Fall müsse alles ausgeboten werden, um den Tarif in seinem vollen Umfange zur Geltung zu bringen. — Der weitere Verlauf der Versammlung zeigte, daß man mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden war und sich die Tariffrage unter keinen Umständen länger gefallen lassen will.

Die Versammlung bestätigte ausdrücklich die Auffassung der Kommission, daß alle Mappen unter den roten Tarif fallen und beauftragte dieselbe, alle Maßnahmen zu treffen, auch vor einem entscheidenden Schritt nicht zurückzuführen, um den gütlichen Abschluß der Mappenfrage zu schaffen. Ferner protestierte die Versammlung gegen die Nichtbeachtung eines Spruches der höchsten Tarifsinstanz (dem Einigungsamt) durch die Unternehmer, die sich weigern, die an den Vorabenden der in die Woche fallenden Feiertage ausfallenden Arbeitsstunden nachzuzahlen.

Im Anschluß hieran muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine gewisse Laubheit der Kollegenschaft selbst darin schuld ist, wenn die Fabrikanten immer wieder versuchen, sich von den eingegangenen Verpflichtungen zu brüden, während dort, wo die Kollegen auf dem Posten sind, derartige Klagen nicht laut werden.

Wedenkt, Kollegen und Kolleginnen, daß es wieder und immer wieder unsere vornehmste Pflicht als Verbandsmitglieder sein muß, die uns noch Fernstehenden zu uns hinüberzuziehen und den Unternehmern geschlossen gegenüberzutreten. Dann werden auch alle Versuche von jener Seite, die auf Verschlechterung der getroffenen Abmachungen hincielen, zunichte werden. Zu guter Recht werden auch uns die Verträge gehalten, die immer wieder und zwar recht energisch vertreten werden.

Bühnen. Es ist wohl das erstmal, daß hier von Bühnen etwas zu hören ist. Die hiesigen Kollegen haben die Notwendigkeit und den Wert der Organisation erkannt und haben sich uns angeschlossen; wir wollen hoffen, daß dieselben auch treue Mitglieder unseres Verbandes bleiben. Das ist recht dringend notwendig. In dem Betriebe des Buchbindermeisters Beck wird noch täglich 11 Stunden gearbeitet und die Bühne schwanken zwischen 13 und 21 Mt. Kürzlich hielt unser Bevollmächtigter von Saalfeld eine Versammlung in Bühnen ab, in welcher die bei Herrn Beck beschäftigten Kollegen den Wunsch äußerten, am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend zu bekommen. Diesem Wunsch wurde durch Ueberwindung eines Schreibens Rechnung getragen und in höchlichster Weise um die Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche nachgesucht. Aber so glatt ging die Sache nicht. Herr Beck kam ganz aus dem Häuschen, als er den Brief erhielt, er schimpfte über die bösen Sozialdemokraten und erklärte, daß er ein Ehrenmann sei und es nicht eines eingeschriebenen Driebes bedürfte. Da er aber selbst einsehen mußte, daß das Gesuch seiner Arbeiter bei der langen Arbeitszeit durchaus berechtigt ist, so erklärte er, daß Montags nicht um 6 Uhr, wie bisher, sondern um 7 Uhr angefangen werden dürfe. Ein Kollege erlaubte sich hierauf zu bemerken, daß die Arbeiter da nicht mitmachen, denn diese wollten die Verstärkung für Sonnabend haben. Das ging dem Meister Beck gegen den Strich; er ließ zwar am Sonnabend eine Stunde früher aufhören, kündigte jedoch dem be-

treffenden Kollegen, angeblich wegen Mangel an Arbeit und glaubte nun wahrscheinlich, die übrigen würden vor Schreck die Hinte ins Korn werfen. Ueber sein Verhalten wollen wir uns heute noch aussprechen. Nach Pfingsten zog er jedoch einem Kollegen den zweiten Feiertag vom Lohne ab und als der betreffende Kollege deshalb vorfällig wurde, kündigte er ihm einfach, auch wieder angeblich wegen Mangel an Arbeit. Daraufhin bezeugten die übrigen Kollegen ihre Solidarität und kündigten sämtlich ihre Stellung. Da nun Herr Beck neue Gehilfen braucht, so ist bei Annahme von Arbeit größte Vorsicht am Platze.

Dresden. Am 18. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt, in der ein interessanter Vortrag über den Tagesordnung stand. Genosse Gröbisch sprach über: „Reiseerlebnisse aus dem Wetterwinkel Europas und soziale Betrachtungen“. Der Redner schilderte in anziehender, oft humorvoller Weise Land und Leute der Balkanstaaten und gab einen interessanten Einblick in die sozialen Ursachen der Albanienaufstände. In der sich anschließenden Debatte dankte der Referent einige den Vortrag betreffende Fragen.

Beim zweiten Punkt „Verbandsangelegenheiten“ bemängelte Kollege Vorrnann, daß bisher zu unseren Veranstaltungen noch niemals Arbeiterfamilarer zugezogen wurden. In Zukunft soll der Arbeiterfamilitätskolonne Mitteilung über unsere Versammlungen gemacht werden. Weiter wird ein Unglücksfall in der Gratulationskartenfabrik von Thomas zur Sprache gebracht. Ein junges Mädchen verstrümmelte sich an der Blitzpresse die rechte Hand. Bemerkenswert ist, daß die Kollegin früher selbst Augenzeugin eines derartigen Unfalles war, sich aber trotzdem dazu verleiten ließ, an einer derartig gefährlichen Maschine zu arbeiten. Anschließend hieran wurde die Richterstattung der hiesigen „Volkszeitung“ über derartige Fälle besprochen. Lange hatte sofort einen Bericht eingepandt. Bis heute ist derselbe noch nicht veröffentlicht worden. Genosse Gröbisch, Redakteur der „Volkszeitung“, gibt diesbezügliche Erklärungen. Sätze nach auf unsere nächsten Veranstaltungen, vor allem auf die Schweizpartie am 14. Juli, aufmerksam.

Hamburg-Altona. In der Mitgliederversammlung vom 18. Juni sprach Genosse Jffel über: „Die deutsche Reichsversicherung“. Dieses Thema, so führt Redner aus, sei leider der großen Masse des Volkes ein völlig unbekanntes. Der Redner schildert die früheren Versuche zur Schaffung einer Reichsversicherung bis zum Jahre 1870 resp. 71. Seit dieser Zeit ist die heutige bestehende Versicherung in Geltung. Das hervorsteckendste Merkmal derselben ist aber der in derselben liegende reaktionäre Zug, und zwar dergestalt, daß dem Bundesstaate Preußen, welcher als Hort der Reaktion zu bezeichnen sei, in jeder Beziehung eine Vormachtstellung eingeräumt werde, so daß ohne Zustimmung Preußens keine Veränderungen, namentlich in fortschrittlicher Beziehung, einzuführen seien. Der Einfluß Preußens ist in allen wichtigen Fragen vollständig ausschlaggebend. Dieses für Deutschland beschämende Bild ergibt sich aber daher, daß noch eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen abseits der Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung stehen; unbedingt notwendig ist es, sich nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation anzuschließen. Den Ausführungen des Redners wurde reichlicher Beifall zuteil.

In dem Bericht von der letzten Kartellversammlung wird mitgeteilt, daß beschlossen wurde, für die Bestrebungen der Jugendorganisation den Kartellbeitrag um 6 Pf. pro Jahr und Mitglied zu erhöhen. Die Versammlung stimmt dem zu. Unter Verbandsangelegenheiten werden die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, sich recht rege an der Hausagitation zu beteiligen, um die uns noch fernstehenden Berufsgenossen für den Verband zu gewinnen.

Saarbrücken-Trier. Von unserer, seit dem 1. Januar 1909 bestehenden und, wie auch der unlängst erschienene Jahresbericht des Gau 13 sowie der des Verbandsvorstandes hervorhebt, auf florierenden Zahlstelle ist, abgesehen von den alljährlich in trockener protokollarischer Form abgefaßten Generalversammlungsberichten, der Raum unserer Zeitung noch nie in Anspruch genommen worden. Ebenso verhält es sich mit unserer am 1. Oktober vorigen Jahres gegründeten Zahlstelle Trier. Und doch ist es so überaus notwendig, von Zeit zu Zeit aus dem schwarzen Winkel mit seiner in steriker Verdummung hinweggetriebenen Bevölkerung den übrigen Kollegen einiges zur Kenntnis zu bringen.

Schon lange vor Gründung der Zahlstelle Trier bestand zwischen den Funktionären beider Orte ein herzliches, freundschaftliches Verhältnis, das sich erfreulicherweise mit der Gründung der Zahlstelle Trier immer mehr festigte und auch auf die einzelnen Mitglieder übergehend, den Entschluß zeitigte, die

Gesamtkollegenschaft der beiden Zahlstellen sich persönlich näherzubringen. Zu diesem Zwecke pilgerten am 16. Juni eine stattliche Anzahl Kollegen aus Saarbrücken, Trier und Saarlouis nach dem an landschaftlichen Reizen so reichen Städtchen Weirig-Saarburg. Serzig, eine Station davor, bildete den Treffpunkt der Kollegen, die trotz des zweifelhaften Wetters sehr zahlreich erschienen waren. Von hier ging es gemeinsam hinunter nach dem saubereren und romantisch gelegenen Städtchen Weirig-Saarburg. Die hier abgehaltene Versammlung nahm einen guten Verlauf. Zunächst wurden die Berichte über den gegenwärtigen Stand unserer Bewegung gegeben. Von Saarbrücken ist zu erwähnen, daß diese Zahlstelle mit 33 Kollegen jetzt alle organisationsfähigen Kollegen umfaßt. Es ist nur zu wünschen, daß der gute Geist unter den dortigen Kollegen anhält und kein Rückschlag eintritt. Von Trier wurde berichtet, daß zurzeit 15 Kollegen organisiert sind. Der Vorsitzende Enderz führt noch an, daß er allein seit seiner Tätigkeit am dortigen Plage 45 Aufnahmen für den Verband gemacht habe. Doch ziehen es die meisten Kollegen vor, nach kurzem Aufenthalt den Trierer Staub von den Pantoffeln zu schütteln und bilden die 15 Kollegen den Stamm der Zahlstelle Trier. Ein trostloses aber leider zu treffendes Bild entwirft ein Kollege aus Saarlouis. In der für uns am meisten in Betracht kommenden Gebetsbuchfabrik von Hausen u. Cie. vermag nicht einmal der Buchdruckerverband einzudringen und wird jeder, der es wagt, das Wort Organisation in den Mund zu nehmen, unnahe sichtlich entlassen. In Versuchen, die dortigen Kollegen für den Verband zu gewinnen, steht es trotzdem nicht; die meisten stehen auch unserer Sache sympathisch gegenüber. Ein Krebschaden ist es noch, daß es sich lediglich um einheimische, von ihren Eltern abhängige Kollegen handelt, die nichts ohne Einwilligung ihrer Eltern unternehmen dürfen. Bei diesen gut christlich gesinnten, nach echt römischer Art erzogenen Leuten ist jede Organisationsbetätigung eine Sünde.

Die Beteiligung an der diesen Berichten sich anschließenden Debatte war eine äußerst rege und zeitigte manche beherzigenswerten Winke und Ratsschläge, wie wir am besten vorwärts kommen. Sie berichtigte sich zu dem Beschluß, öfter solche Zusammenkünfte zu veranstalten und in allen wichtigen Angelegenheiten Hand in Hand zu gehen und alle lokalen Kleinlichkeiten zurückstellend, nur immer das eine große Ziel verfolgend, hier im Südwesten mit aller Kraft tätig zu sein, ein starkes Volkswerk unseres Verbandes zu errichten. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unseren Verband schloß die von bestem Geiste befeelten Beratungen. Ihnen schloß sich ein gemüthlicher Teil an, der erst sein Ende erreichte, als in vorgerückter Abendstunde die Kollegen mit den letzten Zügen nach den Stätten ihrer alltäglichen Wirksamkeit zueilten. Mag noch lange der tiefe und nachhaltige Eindruck dieses schönen Tages in angenehmer Erinnerung bleiben.

Rundschau.

†. Die Hinterbliebenenfürsorge, bezw. die Witwen- und Waisenrente, welche durch die Reichsversicherungsordnung mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist, wird nicht allen Witwen gewährt, sondern nur denen, deren verstorbenen Ehemann bei seinem Tode die Anwartschaft auf Invalidenrente, d. h. genügend Marxen geklebt hatte. Aber auch dann haben nur die Witwen einen Anspruch auf Rente, wenn sie selbst invalide im Sinne des Gesetzes sind, wenn sie also nicht mehr imstande sind, mindestens ein Drittel dessen zu verdienen, was andere ihnen gleichwertige Personen zu verdienen pflegen.

Es ist jedoch allen Witwen beim Tode ihres Ehemannes zu empfehlen, bei der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde den Feststellungsbescheid zu beantragen, der ihnen auch dann zuteil werden muß, wenn sie gegenwärtig noch nicht invalide sind. Haben sie diesen in den Händen, so wissen sie wenigstens in späterem Fall, wenn ihre Invalidität eintritt, daß und wieviel Rente sie zu beanspruchen haben.

Der neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine fand am 18. und 19. Juni in Berlin statt. Die Verhandlungen begannen mit dem Berichte des Vorstandes. Dieser konstatiert gute Fortschritte in abgelaufenen Jahre. Der Berichterstatter, Herr Wartz, hob in seinem mündlichen Bericht nur einige wichtige Tatsachen hervor, so die fortschreitende Konzentration durch Bildung von Bezirkskonsumvereinen und die finanzielle Stärkung der Genossenschaftsbewegung. Er ging dann weiter auf die Unterrichtsfrage und die Fortbildungsfrage ein und machte auf die Bedeutung der „Volkspfürsorge“ aufmerksam. Bei den

Leuerungsdebatten im vorigen Jahre wurde die Schädlichkeit des überflüssigen Zwischenhandels allgemein erkannt, deshalb sei die Geze der Mittelständler gegen die Konsumvereine um so unberechtigter. Darauf erstattete Generalsekretär Kaufmann (Hamburg) den Sekretariatsbericht. Er ging aus von der Gründung des Zentralverbandes im Jahre 1903. Damals glaubten die Gegner, den vorwärtsstrebenden Teil des deutschen Konsumvereinswesens zu isolieren. Aber, obwohl man klein anfangen mußte, ging die Entwicklung rüstig vorwärts. Das großartige Wachstum zwang 1907 zum Ausbau der Organisation. Damals wurde die Institution der Verbandssekretäre geschaffen. Eingehend begründete Herr Kaufmann hierauf die Notwendigkeit, einen zweiten Beamten in den Revisionsverbänden speziell für Revisionen anzustellen. Dadurch wird es möglich sein, das Krankwerden der Vereine beizeiten zu bemerken. Es ist wichtiger, Krankheiten zu verhüten, als Krankheiten zu heilen. Bayern, Brandenburg, Mitteldeutschland, Nordwestdeutschland, Sachsen, Thüringen haben bereits Anstellung eines Revisors beschlossen. Das zeige die Notwendigkeit der Verringerung am besten. Eingehend begründete dann Herr Kaufmann die Notwendigkeit, zwischen Ausschuß und Genossenschaftstag noch einen anderen Körper einzuführen, der gründliche Durchberatung durch eine größere Personenzahl ermöglicht. Ebenso bringt die Ausdehnung der Arbeiten die Verringerung der Zusammensetzung des Vorstandes mit sich. Die Verlagsanstalt bedürfte an sich einer neuen Organisation, beide Organisationsformen müßten in Verbindung miteinander gebracht werden. Schließlich machte Herr Kaufmann den Vorschlag, eine Kommission einzusetzen, die einen Vorentwurf berät. In der Diskussion wurde eine Verschmelzung der industriellen Betriebe der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine mit der Großhandelsaufsehgeseellschaft angeregt.

Ueber die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft „Volk für Sorge“ sprach N. v. Elm. Eingehend legte er die Entwicklung des Versicherungsverwesens dar und die Entstehung der Volksversicherung. An der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials zeigte er dann, welche großes Interesse für die Volksversicherung in den breiten Massen vorhanden ist und welche gutes Geschäft die Volksversicherung für die Aktionäre bedeutet. Im Anschlusse daran legte er die Prinzipien dar, nach denen die „Volkfürsorge“ arbeiten will. Genosse Bauer von der Generalkommission der Gewerkschaften gab eine Ergänzung zum Referat. Auf dieses selbst kommen wir in einem besonderen Artikel noch zurück.

Hierauf wurde über die Grundsätze, die zur Schaffung des neuen Musterstatuts geführt haben, berichtet. Der Referent hierzu betonte, daß der Wunsch, ein neues Musterstatut zu schaffen, schon alt sei, doch habe man aus verschiedenen Gründen erst jetzt an die Verwirklichung gehen können. Das neue Statut bringe den Charakter der Konsumgenossenschaften besser zum Ausdruck. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde der vorliegende Entwurf angenommen.

Am zweiten Verhandlungstage referierte N. Müller-Hamburg über: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels“. Der Referent setzte sich mit der häufig zu findenden Anschauung auseinander, daß der Handel etwas Nütziges, aber Schädliches sei. Die Kreise, die für diese Anschauung eintreten, bekämpfen sonderbarer Weise gerade die Konsumvereine aus Rücksicht auf den Kleinhändler. Der Handel ist aber unbestreitbar volkswirtschaftlich notwendig, seine Tätigkeit jedoch nur eine vermittelnde. Es ist also für die Allgemeinheit um so vorteilhafter, je geringer die Zahl der Handelsbetreibenden ist. An der Hand der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlungen bewies der Referent, wieviel stärker sich die Zahl der im Handel tätigen Personen vermehrt hat als die Bevölkerung. Er verwies weiter auf die Leuerung und die Mittel zur Bekämpfung ihrer Folgen. Erhöhung des Einkommens und Ersparnis an Ausgaben, beides ist nötig. Die Förderung der Konsumgenossenschaften ist das vorzüglichste Mittel zur Erhöhung des Reallohnes, um so nötiger, als die Leuerung sobald nicht verschwinden wird. Das soziale Endziel der Konsumvereine ist die andersgestaltete Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der breiten Masse. Sie sind Einrichtungen zur Beeinflussung wichtiger Teile unserer Volkswirtschaft. Wer an die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft glaubt, darf darum auch an die Konsumvereine glauben.

Die weiteren Erörterungen des Genossenschaftstages waren im Verhältnis mehr interieur Natur. Sekretär Nupprecht erstattete den Bericht der Fortbildungskommission, Herr Kaufmann den von der Unterstützungsstelle des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Nieger (Hamburg) berichtete über die Tätigkeit des Tarifamtes. In der Diskussion

hierzu forderte ein Berliner Delegierter das Recht für die Genossenschaften, Arbeitskräfte dann unter Umgehung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise einstellen zu können, wenn die Eingestellten genossenschaftlich organisiert sind. Der Genossenschaftstag konnte jedoch den Ausführungen dieses Redners nicht folgen. Zum Schluß wurden die aus den einzelnen Funktionen sachungsgemäß ausscheidenden Personen wiedergewählt.

Der diesjährige Parteitag wird vom 15. September ab in Chemnitz stattfinden. Der Parteivorstand hat folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Parteitages (Eröffnungssrede: Genosse Rebel). Endgültige Feststellung der Tagesordnung.
2. Geschäftsberichte des Parteivorstandes: a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert; b) Kassenericht. Referent: Genosse Braun.
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Gen. Raden.
4. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
5. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheibemann.
6. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
7. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
8. Die Raiffeier. Referent: Genosse Pfannkuch.
9. Der Internationale Kongreß in Wien. Referent: Genosse Wollenbuhl.
10. Anträge.
11. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

er. Der Kampf um den Dresdener Zentralarbeitsnachweis. Die Subvention des Dresdener Zentralarbeitsnachweises durch die Stadtgemeinde Dresden beschloß am 21. Juni zum fünften Male das Dresdener Stadtvorordnetenkollegium. Bekanntlich war die frühere Maßvorlage, dem Zentralarbeitsnachweis für den Bezirk der Kreisshauptmannschaft Dresden mit einem jährlichen Beitrage von 10 000 Mk. beizutreten, an dem Widerstand der Innungsvertreter und Industriellen gescheitert, weil ihnen die Durchführung der Parität nicht gewährleistet erschien. Auch mit seinen späteren abgeänderten Vorlagen hatte der Rat kein Glück. Der Streit drehte sich lediglich um die Bestimmung über die Streiklaufel. Im vorigen Jahre brachte nun der Freisinn einen Antrag ein, dahingehend, den Rat zu ersuchen, dem Zentralarbeitsnachweis mit einem jährlichen Beitrag von 10 000 Mk. unter der Voraussetzung beizutreten, daß gewisse, die Arbeitsvermittlung bei Streiks und Aussperrungen betreffende Bestimmungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Dagegen verlangte ein sozialdemokratischer Antrag, in die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises keinerlei besondere Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung bei Streiks und Aussperrungen aufzunehmen. Die vereinigten Ausschüsse hatten sich nun an die Arbeit gemacht, um einen gangbaren Weg zu finden. In dem von ihnen vorgelegten Gutachten wird vorgeschlagen, daß der Zentralarbeitsnachweis bei Streiks und Aussperrungen den Unternehmern und Arbeitern nur auf Ersuchen hiervon bei der Arbeitsvermittlung Mitteilung zu machen hat. — Der Berichtstatter des Ausschusses bezeugte das Gutachtungsgutachten als Kompromiß und ersuchte um dessen einstimmige Annahme. Die Innungsvertreter wandten sich gegen die Vorlage. Nach langer Debatte wurde schließlich das Gutachtungsgutachten in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 21 Stimmen angenommen; der Antrag des konservativen Buchbinder-Innungsmeyers Anrath auf Unterstützung der Industriellen- und Innungsnachweise wurde mit 39 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Ein Scharfmacherblatt in Geldbüden. Der Breslauer „Volkswacht“ ist ein diskretes Zirkular der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zugegangen, aus dem zu entnehmen ist, daß dieses anpruchsboll auftretende Scharfmacherorgan wieder einmal nur weiter existieren kann, wenn ihm die interessierte Großindustrie eine bescheidene Subvention in Form von Annoncen gewährt. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Arbeiter-Zeitung“, Organ der Deutschen Arbeiterverbände. Berlin S. 42, den 14. Mai 1912. Einschieben.

Die wirtschaftlichen Kämpfe, welche die deutsche Industrie nach zwei und mehr Fronten auszufechten hat, verlangen Zeitungen, die absolut für die Interessen der deutschen Unternehmer eintreten. Zu diesen besonderen

Zwecke ist seinerzeit die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ auf Veranlassung von einigen Arbeitgeberverbänden begründet worden. Sie hat sich in den acht Jahren ihres Bestehens — unter opferwilliger Förderung seitens jener Verbände — zu einem von ihren Freunden geschätzten, von ihren Gegnern geachteten (?) Organ entwickelt und dazu beigetragen, manches Uebel von Industrie und Gewerbe abzuwenden, manche die Industrie und das Gewerbe fördernde Maßnahme durchzusetzen. Speziell aber der Fortschritt in der Organisation der deutschen Arbeiter ist zu einem wesentlichen Teile dem Wirken der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ zuzuschreiben.

Auf dem eingeschlagenen Wege zum Nutzen der deutschen Unternehmer soll die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ fortstreben und sich über die Grenzen ihrer 15 000 Abonnenten hinaus neue Anhänger, den Arbeitgeberverbänden weitere Mitglieder zuführen. Die zu diesem Zwecke einzuleitende Propaganda ist mit großen Kosten verknüpft, die wir aus den Inserateinnahmen bestreiten müssen; denn der niedrige Abonnementspreis von 2 Mk. pro Quartal, der sich bei korporativen Bezügen weiter ermäßigt, deckt nicht entfernt die Selbstkosten für Herstellung, Redaktion und Expedition. Es ist aber nicht angängig, immer wieder dieselben Firmen um Förderung des Unternehmens anzugehen.

Wir wenden uns daher heute an einen kleinen Kreis größerer Industrieunternehmen und auch an die Fröge, mit dem höflichen Ansuchen um tatkräftigen Beistand in unserem Bemühen um die Förderung der Unternehmerinteressen. Der gangbarste Weg würde die Zulassung einer laufenden Anzeige sein, weil wir Ihnen in dieser Hinsicht vollwertige Gegenleistung zu bieten vermögen. Die Anzeigen, welche Sie in anderen Zeitschriften usw. erscheinen lassen, werden in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ sicherlich nicht geringere, wahrscheinlich aber bessere Wirkung haben, denn die 15 000 Abonnenten der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ sind durchweg interessierte Leser, und das nur wünschliche Erscheinen des Blattes, im Verein mit seinem dauernden Interesse beanspruchenden Inhalt, sichern den Anzeigen eine nachhaltige Wirkung. Sie aber verbinden auf diese Weise das Gute mit dem Nützlichen, Sie machen Ihrer geschätzten Firma eine nützliche Bekanntschaft und kräftigen ein Zeitungsunternehmen, dessen der deutsche Arbeitgeber künftig mehr denn je bedarf.

Wir lassen die heutige Zuschrift unter „Einschreiben“ gehen und bitten um diskrete Behandlung der Angelegenheit.

Mit aller Hochachtung Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“.

Auf die Wertschätzung, die das deutsche Unternehmertum den Gehartikeln des Herrn Felix Kuh zuteil werden läßt, wirkt der Wettelbrief ein beachtendes Licht.

Zentral-Arbeitsnachweis der Etuisarbeiter.

Die in Leipzig stattgefundenen Konferenz der Kartonnagen- und Etuisarbeiter zeigte gelegentlich einer Aussprache der Delegierten der Etuisbranche, daß zum Teil die Kollegen von der Einrichtung des Zentralarbeitsnachweises der Etuisarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands nicht genügend informiert sind, was zur Folge hat, daß den Bestimmungen des Arbeitsnachweisreglements nicht die Beachtung geschenkt wird, welche notwendig ist, um die Tätigkeit in dieser Sache zu einer erfolgreichen zu gestalten. Die bisher gemachten Erfahrungen geben Veranlassung, die Satzungen des Nachweises hier bekanntzugeben in der Erwartung, daß ihnen in Zukunft mehr Rechnung getragen wird. Die Bestimmungen des Zentralarbeitsnachweises lauten:

Der Arbeitsnachweis ist ein unentgeltlicher und werden daher weder von Arbeitgebern noch Arbeitnehmern für Benutzung desselben Gebühren erhoben.

Die Stellensuchenden werden der Reihe nach, wie sie sich gemeldet haben, eingetragen und offene Stellen nach dieser Reihenfolge ihnen zuerteilt. Besondere Wünsche in Rücksicht auf die bisherige Tätigkeit und zukünftige Beschäftigung sollen dabei möglichst berücksichtigt werden.

Eingelaufene Stellen werden unter möglichst genauer Angabe der Forderungen des Arbeitgebers an die Leistungsfähigkeit der von ihm gesuchten Arbeitskräfte, sowie der dafür gebotenen Lohn- und Arbeitsbedingungen den Stellensuchenden in geeigneter Weise bekanntgegeben. Falls die zuerst eingezeichneten Stellensuchenden nicht auf die speziell verlangten Arbeiten eingerichtet sind, steht den Leitern des Arbeitsnachweises das Recht zu, auch außerhalb der Reihenfolge die Bestgeeigneten zu berücksichtigen.

Wer eine nachgewiesene Stelle nach verabredeten Austritt derselben aus nicht stichhaltigen Gründen nicht besetzt, wird aus der Arbeitsnachweisliste gestrichen und als letzter geführt. Dasselbe trifft auch denjenigen, der eine Anweisung auf eine Stelle übernimmt, jedoch seiner Pflicht, bei dem ihm zugewiesenen Arbeitgeber sich anzumelden, nicht nachkommt.

Der Antritt einer Stelle ist sofort dem Zentral-Arbeitsnachweis zu melden und diese Meldung vom Arbeitgeber mit zu unterzeichnen.
Das Umschauen und die Bewerbung um Stellen unter Umgehung der örtlichen Arbeitsnachweise und des Zentral-Arbeitsnachweises ist zu vermeiden.
Die lokalen Arbeitsnachweise der Gewerksarbeiter und -arbeiterinnen haben diejenigen offenen Stellen, welche von ihnen nicht besetzt werden können, unverzüglich beim Zentral-Arbeitsnachweis anzumelden.
Etwaige Beschwerden über den Zentral-Arbeitsnachweis sind an dessen Adresse zu richten und unterliegen der Prüfung und Entscheidung der Kommission des Zentral-Arbeitsnachweises.

Fällen sehr in Frage gestellt. Es liegt also im Interesse der Kollegen selbst, den Bestimmung der Rechnung zu tragen und gegebenenfalls umgehend zu antworten. Nur dadurch ist es möglich, die Tätigkeit des Arbeitsnachweises zu einer wirksamen zu gestalten.
Zentralkommission und Zentralarbeitsnachweis der Gewerksarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
Richard Wendt,
Berlin-Tempelhof, Stolbergstr. 9.

Briefkasten.
J. Pf. in G. Inserat kostet 2,40 Mk. — G. R. in G. 2,80 Mk. — G. L. in Dr. Seit 30. 5. 1912 = 1735, vorher 1715, jetzt 1750!

Adressenänderungen.

Dortliche Bevollmächtigte.

Frankfurt a. M. S. Meß, Allerheiligenstr. 57 III.
Köln. S. Witt, Leonhardstr. 12 I r.

Unterstützungs-Auszähler.

Frankfurt a. M. — Offenbach. S. Meß, Frankfurt, Allerheiligenstr. 57 III. Von 1/2 10—10 Uhr und 4—1/2 Uhr. Sonntags geschlossen. H. Gewerkschaftshaus, Frankfurt, Stolbergstr. 13. Az. 9 Stunden. Ml. 26 Mk. LU. In Offenbach wird Unterstützung nicht mehr ausbezahlt.
Straßburg. G. Siegrist, Langstr. 102 I.
Limbach i. Sa. S. Dejer, Weststr. 59 II.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz.** Von J. Welfl. Preis für das gebundene Exemplar 1 Mk.

Die jetzt zu einem Buche zusammengefaßten Feuilletons sind vor einiger Zeit in einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden. An den Verfasser wurde von verschiedenen Seiten das Ersuchen gestellt, das Ganze als Buch herauszugeben, dem er hiermit nachkommt. Er glaubte jedoch, daß eine kurze Einleitung mit Erinnerungen aus seinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren dem Buche vorangestellt werden müsse, da es für die junge Generation der Arbeiter nicht ganz ohne Nutzen und Interesse sein dürfte, zu erfahren, wie sich der Werdegang des Arbeiters und Handwerkers der alten Schule im allgemeinen gestaltete. Er hofft, daß auch die vorliegende Ausgabe noch recht viele Leser finden werde.

ANZEIGEN

Zahlstelle Straßburg.

Am 15. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unsere werke Kollegin

Leonie Bittinger

im Alter von 28 Jahren.
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Unserm Kollegen

Paul Korb

und dessen Gattin zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Erfurt.

Unserem lieben Kollegen

Mag Schreiber

und seiner werthen Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die organisierten Kollegen und Kolleginnen d. Fa. P. Richter, Berlin.

Zahlstelle Luckenwalde.

Am Sonntag, den 7. Juli, früh 6 Uhr **Spaziergang nach Gottow.**

Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, sich recht zahlreich mit Familie daran zu beteiligen.

Treffpunkt: Sanitätsmolkerei.

Die Ortsverwaltung.

Altershalber will ich meine kleine

Buchbinderwerkstatt

(gegründet 1854) verlaufen. Gute Gelegenheit für einen jungen Mann sich selbstständig zu machen. Alles Nähere durch **Alexander Mehfeld**, Buchbindmstr. Dresden-N., Kasernenstr. 18.

Preiswert zu verkaufen:

- 2 Kreisartenscheren, Grunauer Nr. 3, 110 cm,
- 1 Balancier, Wolle & Jordan C B, 850x440,
- 2 Balanciers, Wolle & Jordan B C, 180x180,
- 1 Gasdruckregler, 9—16 HP, Pintsch,
- 1 Wiegemaschine, Fußbetrieb, 75 cm.

P. Friedländer,

Chronolithographische Kunst-Anstalt,
Dresden-N., Laßberg 5.

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!

Zur Feier des „Guten Montag“ am 15. Juli 1912:

::: Großes Sommerfest :::

in der Neuen Welt, Hasenheide 108-114.

Großes Garten-Konzert, Spezialitäten 1. Ranges, Theater-Vorstellung (für Kinder frei), Feuerwerk, Amerik. Vergnügungspark.

Bei eintretender Dunkelheit großer Fackelzug für Kinder.

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens vier Bons für Stadlaterne, Wasserrutschbahn, Liebesmühle und Bergwerk.

In beiden Sälen von 5 Uhr ab: **Großer Ball.** Eintritt in den Saal: für Herren 30, Damen 10 Pfennig.

Anfang des Konzerts nachm. 4 Uhr. Billett im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Programm am Eingang gratis. Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstattvertrauenspersonen sowie in unserm Bureau zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Buchbinder-Meisterkurse.

An der Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz zu Köln beginnen am 5. August d. Js. erstmalig die neu eingerichteten Meisterkurse für **Buchbinder.** Anmeldungen sofort erbeten. Programme durch den Unterzeichneten.
Romberg, Direktor.

Lohn tarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 Mk.



Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig